

JIHOČESKÁ UNIVERZITA V ČESKÝCH BUDĚJOVICÍCH
FILOZOFICKÁ FAKULTA
ÚSTAV ČESKO-NĚMECKÝCH AREÁLOVÝCH STUDIÍ A GERMANISTIKY

BAKALÁŘSKÁ PRÁCE

DAS POLITISCHE SYSTEM DES FREISTAATS BAYERN- DER BAYERISCHE
LANDTAG

Vedoucí práce: Dr. habil. Jürgen Eder

Autor práce: Zuzana Votýpková

Studijní obor: Evropská teritoriální studia – ČR a německy mluvící země

Ročník: 3

2014

Prohlašuji, že svoji bakalářskou práci jsem vypracovala samostatně pouze s použitím pramenů a literatury uvedených v seznamu citované literatury.

Prohlašuji, že v souladu s § 47b zákona č. 111/1998 Sb. v platném znění souhlasím se zveřejněním své bakalářské práce, a to v nezkrácené podobě elektronickou cestou ve veřejně přístupné části databáze STAG provozované Jihočeskou univerzitou v Českých Budějovicích na jejích internetových stránkách, a to se zachováním mého autorského práva k odevzdanému textu této kvalifikační práce. Souhlasím dále s tím, aby toutéž elektronickou cestou byly v souladu s uvedeným ustanovením zákona § 111/1998 Sb. zveřejněny posudky školitele a oponentů práce i záznam o průběhu a výsledku obhajoby kvalifikační práce s databází kvalifikačních prací Theses.cz provozovanou Národním registrem vysokoškolských kvalifikačních prací a systémem na odhalování plagiátů.

V Českých Budějovicích, dne 09.05 2014

.....

Anotace

Tato práce se zaměřuje na politický systém svobodného státu Bavorsko, zejména na Bavorský parlament. V této práci je popsán vývoj parlamentarismu v Bavorsku, volební systém a organizace parlamentu. Praktická část se zabývá porovnáním voleb 2008 a 2013 s ohledem na situaci ve volebním období 2008-2013. Důležitou součástí této práce jsou volební programy CSU a SPD.

Klíčová slova: Svobodný stát Bavorsko; politický systém; Bavorský parlament; volební období 2008-2013

Annotation

The work focuses on the political system of The Free State of Bavaria, particularly on the Bavarian parliament. In this work is described the development of the parliamentarism in Bavaria, the election system and organization of the parliament. The practical part deals with the comparison of the election in 2008 and 2013. Important parts of this work are the election program of CSU and SPD.

The Keywords: The Free State of Bavaria; political system; Bavarian parliament; election period 2008-2013

Annotation

Diese Arbeit konzentriert sich auf das politische System des Freistaats Bayern, vor allem auf den Bayerischen Landtag. In dieser Arbeit werden die Entwicklung des Parlamentarismus, das Wahlsystem und die Organisation des Parlaments beschrieben. Der praktische Teil beschäftigt sich mit dem Vergleich der Wahlen 2008 und 2013, mit dem Rücksicht auf die Situation in der Wahlperiode 2008-2013. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit sind die Wahlprogramme der CSU und SPD.

Die Schlüsselwörter: Freistaat Bayern; das politische System; Bayerischer Landtag; Wahlperiode 2008-2013

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei Herrn Dr. habil. Jürgen Eder vom Lehrstuhl für Germanistik an der Philosophischen Fakultät der Südböhmischen Universität bedanken, der mich während meiner Bachelorarbeit geduldig betreut und umfangreich unterstützt hat. Ich möchte auch Herrn MdL Bernhard Roos und dem Team des Bürgerbüros des Landtagsabgeordneten Bernhard Roos in Passau danken, für die Unterstützung und fachliche Ratschläge.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
I. Theoretischer Teil	
1.1 Freistaat Bayern.....	7
1.2 Verfassung des Freistaates Bayern.....	8
1.2.1 Annahme.....	9
1.2.2 Gliederung.....	9
1.3. Bayerische Staatsregierung.....	11
1.3.1 Ministerpräsident.....	11
1.3.2 Ministerinnen und Minister, Staatssekretäre.....	12
1.3.3 Staatskanzlei.....	12
1.4 Verfassungsgerichtshof.....	12
1.5 Bayerischer Landtag.....	13
1.5.1 Geschichte.....	13
1.5.1.1 Die Vorgeschichte des Parlamentarismus.....	14
1.5.1.2 Vor dem Zweiten Weltkrieg zu der ersten Wahlperiode.....	15
1.5.1.3 Die erste Wahlperiode.....	17
1.5.1.4 Nach dem Jahre 1950.....	19
1.5.2 Wahlsystem.....	20
1.5.3 Organisation.....	21
1.5.4 Parteien.....	25
1.5.4.1 CSU.....	26
1.5.4.2 SPD.....	27
1.5.4.3 Die FW.....	28
1.5.4.4 Die Grünen/ Bündnis 90.....	29
1.5.5 Aufgaben.....	30
1.5.6 Abgeordneten.....	33
II. Praktischer Teil	
2.1 Wahlen 2008.....	34
2.2 16. Wahlperiode 2008-2013.....	35
2.2.1 Themen der Bayerischen Politik, Wahlkampagnen.....	38
2.2.2 SPD im Bayerischen Landtag.....	40
2.3 Wahlen 2013.....	41
2.3.1 Wahlprogramme CSU und SPD.....	41
2.3.2 Landtagswahl.....	43
Schlussbetrachtung	44
Quellenverzeichnis	45

Einleitung

In meiner Bachelorarbeit wollte ich mich mit unserem Nachbarstaat Bayern beschäftigen. Meiner Meinung nach ist es gut zu wissen, wie unser Nachbarstaat aufgebaut ist, und wie er funktioniert. Ein langer Zeitraum war für die Beziehungen und Zusammenarbeit nicht geeignet. Es gab viele Probleme zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland. Nach dem ersten Weltkrieg, als die Tschechoslowakei gegründet wurde, gab es seitens der Deutschen Unzufriedenheit. Dann kam das Münchner Abkommen. Die Okkupation im Jahre 1939 bedeutete das Ende der Tschechoslowakei und auch der Beziehungen. Der Terror des Nazismus hat sich tief in das Gedächtnis der Tschechen eingepägt. Alle diese Ereignisse haben das Zusammenleben beendet. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden die Beziehungen wieder lebendig. Die Zusammenarbeit von Tschechien und Bayern funktioniert heutzutage in verschiedenen Bereichen und wurde mit dem Besuch unseres ehemaligen Ministerpräsidenten Petr Nečas im Bayerischen Landtag bestätigt.

Ein weiterer Grund für meine Themenwahl ist mein Praktikum. Ich habe einen Monat in dem Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Bernhard Roos verbracht. Ich habe das Maximilianeum besucht und eine Debatte über den Finanzausgleich zwischen dem Bund und Bayern miterlebt. Danach begann ich mich darüber zu informieren, wie der Landtag funktioniert und was zu den Befugnissen des Parlaments gehört.

Zuerst befasse ich mich mit der Charakteristik des politischen Systems Bayerns. Hierbei werde Ich die Verfassung des Freistaates Bayern analysieren. Anschließend beschreibe ich das politische System und lege meinen Schwerpunkt auf den Landtag. In dem praktischen Teil werde ich mich mit dem Vergleich der Wahlergebnisse in den Jahren 2008 und 2013 beschäftigen. Um die Arbeit anschaulich zu machen, verwende ich verschiedene Grafiken und Tabellen. Ein wichtiger Bestandteil meiner Bachelorarbeit ist die Beschreibung der Oppositionsrolle in dem Parlament. Als Beispiel werde ich die Position der SPD in der Wahlperiode 2008-2013 einführen.

Das Ziel meiner Arbeit ist, mithilfe der theoretischen Kenntnisse die Wahlen 2008 und 2013 zu vergleichen und zu analysieren. Die Schwerpunkte des praktischen Teils liegen auf den Ergebnissen der Wahlen und in den Themen, die die Wahlen beeinflusst haben. Auch die Wahlkampagne ist ein unentbehrlicher Teil dieser Arbeit.

1.Theoretischer Teil

1.1.Freistaat Bayern

Der Freistaat Bayern ist eines der sechzehn Bundesländer Deutschlands. Bayern befindet sich im Südosten der Bundesrepublik. Was die Größe angeht ist Bayern mit 70 549 km² das flächengrößte Land Deutschlands. Mit der Einwohnerzahl 12 540 000 steht es nach Nordrhein- Westfalen an der zweiten Stelle. Die Hauptstadt ist die oberbayerische Stadt München. Bayern grenzt an vier deutsche Bundesländer, und zwar an Baden Württemberg, Hessen, Thüringen und Sachsen und an drei Länder, und zwar an die Tschechischen Republik, an die Schweiz und an die Republik Österreich.

Die Bezeichnung Freistaat besteht aus zwei Begriffen. Bayern ist ein Staat, das heißt, dass es eine souveräne Institution ist und über das Recht verfügt, regieren, Gesetze geben und richten zu können. Der Begriff Freistaat steht für die Republik. Freistaat ist die im 19. Jahrhundert entstandene deutsche Bezeichnung für einen von keinem Monarchen regierten, freien Staat, das heißt für eine Republik. Der Freistaat wurde in Bayern im Jahre 1918 von dem Sozialisten Kurt Eisner ausgerufen. Heutzutage hat die Bezeichnung keine rechtliche Bedeutung mehr, wird aber aus historischen Gründen verwendet.

Weil Deutschland eine Bundesrepublik ist, teilen sich die Kompetenzen zwischen den Länder und den Bund. Das beeinflusst die Gesetzgebung des Bayerischen Landtags. Man unterscheidet vier Gruppen von Gesetzgebungskompetenzen. Allgemein gilt aber, dass *„die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.“*¹

Die erste Gruppe ist die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes. Hier kann nur der Bund die Gesetze erlassen. Die Länder können mitwirken nur, wenn der Bund sie dazu ermächtigt. Diese Kategorie umfasst die ausländischen Angelegenheiten, Verteidigung, Zivilschutz, Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Passwesen, Melde- und

¹ Deutschland. Grundgesetz: Artikel 30. In: München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2010. Zugänglich aus:http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_02.html

Ausweisen, Ein- und Auswanderung, Währungs- und Geldwesen, Erzeugung und Nutzung von Kernenergie.²

Auf der anderen Seite gibt es bestimmte Bereiche, wo nur die Länder Gesetze erlassen dürfen. Es bezieht sich vor allem auf die Kultur, Polizeiwesen, Schul- und Bildungswesen, Medien, Versammlungsrecht und Strafvollzug. Die Regelungen der einzelnen Länder können dank der eigenen Gesetzgebungszuständigkeit unterschiedlich werden. Es kann zu Problemen führen, wenn eine Familie in ein anderes Land umziehen möchte, zum Beispiel im Fall der Bildungswesen.³

In einigen Bereichen können sich der Bund und die Länder konkurrieren. In diese Gruppe fallen folgende Bereiche: Bürgerliches Recht, Strafrecht, Personenstandwesen, Vereinsrecht, Aufenthaltsrecht für ausländische Bürger, Arbeitsrecht, Wirtschaftsrecht und Straßenverkehr. Im Fall der konkurrierenden Gesetzgebung gilt, dass die Länder die Gesetze erlassen können, wenn es nicht der Bund macht. Diese Situation kann nicht eintreten, wenn die Gesetzgebung eines Landes ein anderes Land bedrohen kann, oder wenn es die Länderparlamente nicht effektiv lösen können, oder wenn es nötig ist, eine wirtschaftliche und rechtliche Kontinuität des Bundes zu bewahren.⁴

Der vierte Typ ist die Abweichungsgesetzgebung. Der Bund erlässt ein Rahmengesetz, das die allgemeinen Aspekte regelt. Die Länder konkretisieren dieses Gesetz durch einige Gesetze, die die speziellen Bedingungen für ein Land bestimmen. Es handelt sich um die Bereiche: Jagdwesen, Naturschutz und Landschaftspflege, Wasserhaushalt, Hochschulzulassung und –abschlüsse.⁵

² LANDTAGSAMT DES BAYERISCHEN LANDTAGS. *Bayerischer Landtag: Der Freistaat Bayern im Bund und in Europa*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2010, S. 15.

³ Bundeszentrale für politische Bildung: Gesetzgebungskompetenzen. [online]. [2014-04-09]. Zugänglich aus: file:///C:/Users/Admin/Desktop/QR63OR.pdf.

⁴ NETOLICKÝ, Pavel. Německý federalismus [online]. *E-polis.cz*, 25. března 2005. [2014-04-09]. Zugänglich aus: <<http://www.e-polis.cz/komparace/55-nemecky-federalismus.html>>. ISSN 1801-1438. Übersetzt von Zuzana Votýpková.

⁵ LANDTAGSAMT DES BAYERISCHEN LANDTAGS. *Bayerischer Landtag: Der Freistaat Bayern im Bund und in Europa*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2010, S. 15.

1.2. Verfassung des Freistaates Bayern

Das Schlüsseldokument, welches das politische System regelt ist die Bayerische Verfassung. Ein weiteres Dokument, auf dem das politische System basiert ist natürlich auch das Grundgesetz der Bundesrepublik. Die Verfassung des Freistaates Bayern darf nicht keinen Widerstreit mit dem Grundgesetz aufweisen.

1.2.1. Die Annahme

Die Verfassung des Freistaats Bayern wurde am 26. Oktober 1946 von der Landesversammlung beschlossen und am 1.12.1946 durch Volksentscheid mit 70,6% der abgegebenen Stimmen angenommen. Sie trat am 8. Dezember 1946 in Kraft.⁶ Es handelt sich um das vierte Verfassungsdokument des bayerischen Staates. Vorher wurde die Konstitution von 1808, die Verfassung des Königreichs Bayern von 1818 und die Bamberger Verfassung des Jahres 1919 angenommen.⁷

1.2.2 Gliederung

Was die Struktur angeht, ist die Verfassung in vier Hauptteile gegliedert und enthält insgesamt 188 Artikel. Die Verfassung wird von einer Präambel angeführt und mit den Schluss- und Übergangsbestimmungen beendet.

Der Text der Präambel lautet: *„Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.“*⁸ Die Präambel wurde von Alois Hundhammer verfasst und auf dessen Initiative dem Verfassungstext vorangestellt.

⁶ Bayerisches Landesportal. Verfassung des Freistaates Bayern. [online]. [2014-04-09].
Zugänglich aus: <http://www.bayern.de/Verfassung-.451/index.htm>.

⁷ BAYERISCHER LANDTAG. *Geschichtliches: Parlamentarismus und Verfassungsgeschichte in Bayern*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2014, S. 10.

⁸ Bayern. Verfassung des Freistaates Bayern. In: München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2010. Zugänglich aus: https://www.uni-augsburg.de/einrichtungen/gleichstellungsbeauftragte/downloads/bayerische_verfassung.pdf.

Der erste Teil trägt den Titel Aufbau und Aufgaben des Staates und ist in acht Abschnitte untergegliedert. Der erste Abschnitt enthält die Grundprinzipien des Staates. Zu Beginn ist nicht nur festgelegt, dass Bayern ein Freistaat ist, sondern es werden auch das Landeswappen und die Landesfarben beschrieben. Laut dem zweiten Artikel ist Bayern ein Volkstaat. Weiter ist festgelegt, dass Bayern ein Rechts-, Kultur-, und Sozialstaat ist. Die Verfassung bekennt sich zu einem geeinten Europa und zur Gewaltenteilung. Es werden auch die Bayerische Staatsangehörigkeit, die Staatsbürgerschaft sowie die Gliederung des Staatsgebiets in Regierungsbezirke, Landkreise und Gemeinden mit der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung behandelt. Die weiteren Abschnitte widmen sich dem politischen System Bayerns. In dem zweiten Abschnitt kann man die wichtigsten Angaben zum Landtag finden. Die Staatsregierung ist Thema des dritten Abschnitts. Der Verfassungsgerichtshof wird in dem vierten Abschnitt behandelt. Die Verfassung setzt sich mit dem Gesetzgebungsverfahren der Verwaltung, Rechtspflege und dem Beamtenwesen fort.

Die Grundrechte und Grundpflichten sind Thema des zweiten Hauptteils. Zu den Grundrechten gehören die klassischen Grundrechte wie zum Beispiel die Menschenwürde, die persönliche Freiheit und allgemeine Gleichheit, die Freizügigkeit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Meinungs-, Presse- und Rundfunkfreiheit und das Privateigentum. Darüber hinaus garantiert sie das Prinzip *nulla poena sine lege*, das Asylrecht, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, die Forschungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Petitionsrecht. Im Artikel 123 ist zusätzlich ein Recht auf angemessene Besteuerung verankert. In diesem Teil wurden aber auch die Grundpflichten behandelt, was in dem europäischen Raum nicht so üblich ist.

Der dritte Teil benennt das Gemeinschaftsleben, befasst sich mit der Familie, betrifft Bildung und Religion.

Wirtschaft und Arbeit ist der Inhalt des letzten, vierten Teils. Die Wirtschaftsordnung wird am Anfang behandelt. Weitere wichtige Themen dieses Teils sind das Eigentum, Landwirtschaft und Arbeit.

Die Verfassung des Freistaates Bayern wird durch Schluss- und Übergangbestimmungen beendet. Dieser Teil war vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutend. Eine ganz wichtige Bestimmung ist, dass Bayern einem künftigen

deutschen demokratischen Bundesstaat beitreten werde. Mit diesem Teil wurde auch die Verfassung aus dem Jahre 1919 aufgehoben.

Für jede Demokratie ist die Gewaltenteilung ein typisches politisches Element. Die Legislative präsentiert das Volk durch den Landtag. Die Exekutive wird durch die Bayerische Staatsregierung ausgeübt. Die Judikative obliegt dem Verfassungsgerichtshof und den Fachgerichten.

1.3. Bayerische Staatsregierung

Die Bayerische Staatsregierung stellt im politischen System Bayerns die exekutive Gewalt des Freistaates und sie wird aus dem Ministerpräsidenten und bis zu 17 Staatsministern und Staatssekretären gebildet. Sie wird durch den Landtag gebildet. Der Ministerpräsident wird durch die Abgeordneten gewählt und sie billigen auch die Mitglieder, die sich der Ministerpräsident dann auswählt.

1.3.1. Ministerpräsident

In Bayern wurde das Amt des Ministerpräsidenten mit der Verfassung vom 14. August 1919 geschaffen und mit der Verfassung vom 2. Dezember 1946 erneut. Der Ministerpräsident ist die wichtigste Person in der Politik Bayerns. Laut Verfassung ist er der Vorsitzende der Bayerischen Staatsregierung. Er wird alle fünf Jahre von Bayerischen Landtag gewählt. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte Bayer, sofern er das 40. Lebensjahr vollendet hat. Zu seinen Kompetenzen gehören die Berufung der Mitglieder der Staatsregierung mit Zustimmung des Landtags, die Leitung der Staatsregierung und die außenpolitische Vertretung Bayerns. Zudem nimmt er zahlreiche repräsentative Aufgaben wahr. Er bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung gegenüber dem Landtag. Er ist auch für die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche zuständig. Diese Aufgabe bedarf der Bestätigung durch Beschluss des Landtags. Der Ministerpräsident hat seinen Sitz in der Staatskanzlei am Münchner Hofgarten, wo auch die Kabinettsitzungen stattfinden.

Seit dem Jahre 1919 hat Bayern schon 19 Männer in diesem Amt gesehen. Derzeitiger Amtsinhaber ist der CSU Parteivorsitzende Horst Seehofer. Er wurde erstmals am 27. Oktober 2008 gewählt und am 8.10. 2013 mit 100 Stimmen als Ministerpräsident bestätigt.

1.3.2. Ministerinnen und Minister, Staatssekretäre

In der neu gewählten Staatsregierung gibt es 11 Minister und 6 Staatssekretäre. In der Staatsregierung sind insgesamt 5 Frauen. Die Bayerische Staatsregierung hat insgesamt 9 Ministerien zu stellen, und zwar das Innen-, Justiz-, Kultur-, Finanz-, Wirtschaft-, Umwelt-, Landwirtschaft-, Sozial- und Gesundheitsministerium. Der Ministerpräsident teilt den Staatsministern eine Sonderaufgabe oder einen Geschäftsbereich zu, den diese nach dem Ressortprinzip und den vom Ministerpräsidenten bestimmten Richtlinien der Politik (Richtlinienkompetenz) eigenverantwortlich verwalten. Die Staatssekretäre unterstützen den Staatsminister, dem sie zugewiesen sind. Alle wichtigen Informationen findet man in der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung

1.3.3. Staatskanzlei

Die Aufgaben der Staatskanzlei werden in der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung festgelegt. Die Funktion der Staatskanzlei besteht in der Unterstützung der Ministerpräsidenten und der Staatsregierung. Die Staatskanzlei unterstützt unter Mitwirkung der beteiligten Ministerien - den Ministerpräsidenten bei der Bestimmung der Richtlinien seiner Politik.

1.4. Verfassungsgerichtshof

Die Judikative obliegt dem Verfassungsgerichtshof, der durch die Verfassung des Freistaates Bayern im Jahre 1946 errichtet wurde. Die Kompetenzen wurden vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat stark ausgebaut. So wurde z.B. mit der Popularklage eine umfassende Klagemöglichkeit des Einzelnen gegen verfassungswidrige Normen eingeführt, dies ist eine bayerische Besonderheit, die noch heute in der Bundesrepublik Deutschland einmalig ist.

Alles was den Verfassungsgerichtshof betrifft, das heißt alle Aufgaben und Befugnisse sind in der Verfassung, genauer gesagt in den zehn Artikeln des fünften Abschnitts des ersten Teils, geregelt. Dieser Gerichtshof behandelt nur bestimmte

Gerichtsfälle, bei denen mindestens ein Teilnehmer Mitglied der Staatsregierung oder des Landtags ist. Der Verfassungsgerichtshof kann gegen ein Mitglied der Staatsregierung nur eingreifen, wenn mit der Tat oder mit dem Verhalten ein Gesetz oder sogar die Verfassung verletzt wurde. Die Anklagen gegen ein Mitglied des Landtags bestehen vor allem in dem Missbrauch seines Einflusses oder Wissens. Ein Mitglied des Landtags darf auch nichts in die Öffentlichkeit bringen, was in dem Landtag als Geheimnis bleiben sollte. Um eine Anklage zu erheben braucht man den Antrag eines Drittels der Mitgliederzahl. Dieser Anklage bedarf dann eine Zweidrittelmehrheit. Die Wahlen sind ein weiteres wichtiges Thema, das von dem Verfassungsgerichtshof gelöst wird. Ihm obliegen die Entscheidungen über die Gültigkeit der Wahl oder den Verlust der Mitgliedschaft in dem Landtag. Wenn die obersten Staatsorgane untereinander Probleme oder Streit haben, fällt es in den Kompetenzbereich des Verfassungsgerichtshofs, diese Probleme zu lösen. In der Verfassung sind die wichtigsten Aufgaben und Befugnisse beschrieben. Diese Problematik ist dann weiter ausführlich geregelt in dem Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof.

1.5. Bayerischer Landtag

Der Bayerische Landtag ist für den Freistaat sehr wichtig, weil es die Volksvertretung ist. Die Menschen wählen ihren Vertreter in der Politik.

1.5.1. Geschichte des Parlamentarismus

„Parlamentarismus bezeichnet eine Herrschaftsordnung, in deren Zentrum ein vom Volk gewähltes Parlament (Volksvertretung) steht, das über wesentliche Zuständigkeiten im politischen Entscheidungsprozess verfügt, insbesondere a) für die Gesetzgebung zuständig ist (gesetzgebende Gewalt), b) über Einnahmen und Ausgaben des Staates gesetzlich verfügt (Budgetrecht) und c) die Auswahl und Kontrolle der Regierung besorgt.“⁹

⁹ Bundeszentrale für politische Bildung. Parlamentarismus . [online]. [Stand 2014-03-11].
Zugänglich aus: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17991/parlamentarismus>.

Aus der Definition geht hervor, dass man über Parlamentarismus erst sprechen kann, wenn in einem Staat eine Volksvertretung gibt. Die Wurzeln dieser Ordnung in Bayern können wir erst seit dem vierzehnten Jahrhundert beobachten.

1.5.1.1 Die Vorgeschichte des Parlamentarismus

Der Wittelsbacher Herzog Otto III. von Niederbayern gewährte den niederbayerischen Ständen Privilegien und Rechte. Diese landständische Vertretung wurde damals auch „Landschaft“ genannt. Die Stände kamen zu den sogenannten „Landtagen“ zusammen. Dieses Ereignis ist unter dem Namen Ottonische Handfeste bekannt.¹⁰

Das Parlament, wie wir es heute kennen, existiert seit 1819. Damals gab es die Bayerische Ständeversammlung, die zwei Kammern hatte. Die erste war die Kammer der Reichsräte und die zweite, die als Vorläuferin des heutigen Landtags gilt, hieß Kammer der Abgeordneten. Als Tagungsort wurde die Prannerstraße in München ausgewählt.¹¹

Ein Meilenstein in der Geschichte des Parlamentarismus in Bayern war die Novemberrevolution. Diese Revolution hat aus Deutschland eine parlamentarische Republik gemacht. Bald danach folgte auch Bayern dieser Trend. Seit dieser Revolution verwendet man für Bayern die Bezeichnung Freistaat. In Bayern fanden Wahlen zum Landtag statt. Die verlorene Krieg und die Unzufriedenheit waren die Hauptursachen dieser Wende.

In dem Zeitraum 1919-1933 bestanden in der Weimarer Republik der erste demokratisch legitimierte Landtag in der Geschichte Bayerns. Leider war die Situation in Bayern und in ganz Deutschland nicht so stabil, um der Gefahr der NSDAP standhalten zu können. So kam es 1933 zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Am 30. Januar 1934 wurde das Parlament von Bayern durch Hitlers Gesetz zu dem Neuaufbau des Reichs aufgehoben. Eine Diktatur wurde eingeführt und damit verschwand die Chance auf ein demokratisches Leben.

¹⁰ Politische Geschichte Bayerns: Stände. *Haus der Bayerischen Geschichte* [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.hdbg.de/polges/pages/kap3b.htm>.

¹¹ Politische Geschichte Bayerns: Königreich Bayern. *Haus der Bayerischen Geschichte* [online]. [cit. 2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.hdbg.de/polges/pages/kap6b.htm>.

1.5.1.2 Von dem Zweiten Weltkrieg zu der ersten Wahlperiode

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Bayern von amerikanischen Streitkräften besetzt. Am 7.5. 1945 ist der Tag der Unterzeichnung der Kapitulation in Reims. Der Krieg war zu Ende und Bayern konnte seinen neuen Weg finden. Am 8. Mai 1945 wurde Bayern laut dem Potsdamer Abkommen Teil der amerikanischen Besatzungszone. München ist von dem Zweiten Weltkrieg schwer gezeichnet. Es gibt viele zerstörte Gebäude. Die Einwohnerzahl ist um ungefähr 40 % gesunken. In diesem Zeitraum ist Bayern kein selbständiger Staat, sondern nur ein Traditionsnamen.¹²

Am 28. 5. 1945 wurde Fritz Schäffer von der US Militärregierung zum vorläufigen Ministerpräsident ernannt. Fritz Schäffer war ein Angehöriger der Bayerischen Volkspartei. Er hatte Jura studiert und war als Rechtsanwalt tätig. Er war in Zeiten der Weimarer Republik als Mitglied des Landtags zwischen den Jahren 1920-1933 politisch aktiv. Er hat auch Erfahrungen aus den Ministerien, wo er gewirkt hat.¹³ Die wichtigste Aufgabe war die Vernichtung des Nazi- Terrors. Am 19. September hat die US Militärregierung die Geburtsurkunde Nachkriegsbayerns erlassen.

„Artikel I. Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet: (...)BAYERN: umfasst ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.“¹⁴

Am 28.9. 1945 wird Schäffer durch Wilhelm Hoegner ersetzt. Die US Militärregierung hat Schäffer abgesetzt. Die ihm von der Militärregierung auferlegte Aufgabe, und zwar die Entnazifizierung hat er nicht genug durchgeführt. Wilhelm Hoegner war ein SPD- Politiker. Das ist wichtig, weil er der einzige

¹² KOCK, Peter Jakob. *Der Bayerische Landtag: eine Chronik*. 5. Auflage. München: Bayerischer Landtag, 2006, 508 p. ISBN 38-705-2808-7, S. 21-22.

¹³ Die Bayerischen Ministerpräsidenten seit 1945: Fritz Schäffer. *Bayerisches Landesportal* [online]. [2014-04-12]. Zugänglich aus: <http://www.bayern.de/Fritz-Schaeffer-263/index.htm>.

¹⁴ Militärregierung Deutschland- Amerikanische Zone: Proklamation Nr. 2. *Verfassungen* [online]. [2014-04-02]. Zugänglich aus: <http://www.verfassungen.de/de/bw/wuerttemberg-baden/proklamation2-45.htm>.

Nachkriegsministerpräsident ist, der nicht der CSU angehörte. Seine Aufgabe war die Vorbereitung der Verfassung. Weitere wichtige Aufgaben für Hoegners Kabinett waren die Entnazifizierung und Wiedergutmachung durchzuführen Wiederherstellung eines demokratischen Staates, Neuaufbau des Parlamentarismus zu schaffen, Selbstverwaltung der Gemeinden zu gewährleisten, ein neues Strafgesetzbuch erarbeiten, Friedengerichte einzurichten, Verhältnisse zwischen Staat und Kirche regeln, das Schulwesen zu verbessern, die Landwirtschaft anzukurbeln und die Wirtschaft besser zu planen.¹⁵

Das erste wichtige Ereignis im Jahre 1946 war die Zusammenstellung des Vorbereitenden Verfassungsausschusses. Unter die Mitglieder gehörten Josef Seifried, Heinrich Schmitt, Adalbert Roßhaupter, Hans Ehard, Anton Pfeiffer, Karl Scharnagl, Thomas Wimmer und Hans Nawiaski. Als Vorsitzender wurde der Ministerpräsident Hoegner bestimmt.¹⁶ In diesem Ausschuss wurde ein Entwurf entwickelt. Um diesen Entwurf durchsetzen zu können, musste das Volk erst eine Versammlung wählen.

Am 26. Februar tritt der Bayerische Beratende Landesausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dieser Ausschuss war eine Idee von Hoegner, hatte 128 Mitglieder und sollte als ein Vorparlament gelten. Als Präsident wurde Georg Stand bestimmt. Dieses Organ entstand, um die Staatsregierung zu unterstützen. Es hatte keine rechtliche Bedeutung und die Mitglieder hatten nicht so umfangreiche Befugnisse, aber für die Entwicklung Bayerns war dieses Organ grundlegend wichtig.¹⁷

Im Juni hat die Verfassungsgebende Landesversammlung den Bayerischen Beratenden Landesausschuss ersetzt. Am 30. 6. 1946 fanden die ersten freien Wahlen seit 1932 statt. Die Wahlen hat die Christlich Soziale Union (CSU) mit 58,3 Prozent gewonnen, gefolgt von der Sozial Demokratischen Partei (SPD) mit 28,8 Prozent. An der dritten Stelle lag die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). 72,1 Prozent der wahlberechtigten Bayern haben sich an der Wahl beteiligt. Diese Landesversammlung hatte auch nicht die Rechte des Parlaments. Die Mitglieder wählten aus ihrer Mitte 21 Personen, die einen Ausschuss für die Verfassung bildeten. Als Präsident dieses Ausschusses wurde Michael Horlacher aus der CSU gewählt. Im Oktober nahm der

¹⁵ Nachkriegsparlamente in Bayern: Verfassungsgebende Landesversammlung von 1946. *Haus der Bayerischen Geschichte* [online]. [2014-03-08]. Zugänglich aus: http://www.hdbg.de/wiederaufbau/wab_parlamente/.

¹⁶ KOCK, Peter Jakob. *Der Bayerische Landtag: eine Chronik*. 5. Auflage. München: Bayerischer Landtag, 2006, 508 p. ISBN 38-705-2808-7, S. 24.

¹⁷ KOCK, Peter Jakob. *Der Bayerische Landtag: eine Chronik*. 5. Auflage. München: Bayerischer Landtag, 2006, 508 p. ISBN 38-705-2808-7, S. 25.

Ausschuss den Verfassungsentwurf von Hoegner an. Es gab einige Themen, bei denen sich die Parteien nicht einigen konnten. Das letzte Wort hatte aber das Volk, das die Verfassung in einer Volksentscheidung am 1. 12.1946 angenommen hat.¹⁸

1.5.1.3 Die erste Wahlperiode 1946-1950

Mit der Verfassungsannahme konnten schon die Landtagswahlen beginnen. 52,3 Prozent der Wahlberechtigten haben sich für die CSU entschieden. Diese Partei ist mit einem großen Abstand die stärkste Partei Bayerns. Die zweite Stelle nahm die SPD mit 28,6 Prozent ein. Die wirtschaftliche Aufbau Vereinigung hat 7,4 Prozent der Wähler gewonnen. Die Kommunisten erhielten 6,1 Prozent und die Liberalen 5,6 Prozent. Mit diesen Ergebnissen begann die erste Wahlperiode des Bayerischen Landtags.¹⁹

Die Abgeordneten haben zum Landtagspräsident Michael Horlacher (CSU) gewählt. Im Jahre 1950 legte er aber seine Funktion nieder, weil er in den Bundestag gewählt wurde. Sein Nachfolger wurde Georg Stang. (CSU). Der Ministerpräsident des ersten bayerischen Nachkriegslandtags wurde Hans Ehard. Er blieb zwei Wahlperioden also bis zum Jahre 1954 in dieser Funktion. Ehard bildete eine Koalition aus CSU, SPD und WAV, die aber nicht lange anhielt.

Im Jahre 1947 sind die SPD und die WAV aus der Koalitionsregierung ausgetreten. Die WAV war wegen des Verdachts von Schwarzhandel ihres Mitglieds Alfred Loritz befleckt. Die SPD trat wegen Problemen in der Regierung aus. Hans Ehard hat eine reine CSU- Regierung gebildet.

Unter die Probleme des damaligen Bayern gehörten vor allem die Flüchtlingsfrage, die Durchführung des Befreiungsgesetzes, die Ernährungslage und der Neuaufbau der Wirtschaft.²⁰ Aufgrund der Flüchtlinge ist die Population gestiegen. Das hat Ernährungsprobleme gebracht. Die Lebensmittelversorgung zeigte sich als allgemeines Problem. Man bekam nicht genug zu essen. Viele Leute, auch Kinder, sind deswegen in diesen Zeiten an Hunger gestorben.

¹⁸ Nachkriegsparlamente in Bayern: Verfassungsgebende Landesversammlung von 1946. *Haus der Bayerischen Geschichte* [online]. [2014-03-08]. Zugänglich aus: http://www.hdbg.de/wiederaufbau/wab_parlamente/.

¹⁹ Länderparlamente: Landtagswahl Bayern 1946. *Tagesschau: Wahl* [online]. [2014-04-12]. Zugänglich aus: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/1946-12-01-LT-DE-BY/>.

²⁰ Der Landtag 1946-1950: 1. Legislaturperiode. *Haus der Bayerischen Geschichte: Parlamente* [online]. [2014-03-25]. Zugänglich aus: <http://www.hdbg.de/parlament/content/ltDetail.php?id=45&popH=614.4000000000001>.

Um sich zu einer Demokratie transformieren zu können, brauchte man eine Lösung für die ehemaligen Nazis. Die Entnazifizierung war ein bedeutendes Problem, welches die Staatsorgane lösen mussten. Dieses Problem bezieht sich auf die Ausmerzung der Nazi Ideologie und die Bestrafung der Leute, die der Theorie zustimmten. Der erste Schritt waren fünf in dem Kontrollratgesetz Nr. 104 beschriebenen Kategorien. Ein Instrument der Entnazifizierung war das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, das am 5. März 1946 unterzeichnet wurde. Mit diesem Gesetz wurde die Verantwortung für die Entnazifizierung an die deutschen Behörden übergeben.²¹

Im Juni 1947 trafen sich die Vertreter der deutschen Länder an der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz. Das Thema dieser Konferenz war die Wirtschaftsnot. Diese Konferenz sollte absolut unpolitisch sein und diente einzig und allein dazu, eine Lösung zu finden, die Wirtschaftsnot zu überwinden. Die Vertreter der Ostzone reisten aber früh wieder ab. Das hat die Teilung Deutschlands vorgezeichnet, die fast zwei Jahre nach diesem Ereignis geschehen ist. Die Westländer haben dann über die wirtschaftlichen Probleme, aber auch über weitere Themen debattiert.²²

Ein wichtiges Ereignis in der ersten Legislaturperiode war die Marathonsitzung, die von 19. bis 20. Mai 1949 stattfand. Das Grundgesetz, der für die drei Westbesatzungszonen gelten sollte, braucht eine Genehmigung von zwei Drittel der Länder.²³ Bayern war dabei der einzige Staat der das Grundgesetz abgelehnt hat. Die CSU, die in Bayern regierte, hatte Angst vor zu viel Einfluss von dem Bund und zu kleinen Befugnissen der Länder. Weil Bayern der einzige Staat war, der contra Grundgesetz stand, ist das Grundgesetz angenommen werden.

²¹ Entnazifizierung. *Geschichte Kompakt* [online]. [2014-04-20]. Zugänglich aus: <http://www.geschichte-abitur.de/nachkriegszeit/entnazifizierung>.

²² Der Landtag 1946-1950: 1. Legislaturperiode. *Haus der Bayerischen Geschichte: Parlamente* [online]. [2014-03-25]. Zugänglich aus: <http://www.hdbg.de/parlament/content/ltDetail.php?id=45&popH=614.4000000000001>.

²³ Artikel 144. *Grundgesetz*. Zugänglich aus: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_144.html.

1.5.1.4 Nach dem Jahre 1950

Abbildung Nr. 1 Landtagswahlen in Bayern



Quelle: Tagesschau. Wahlen. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus:
<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/1946-12-01-LT-DE-BY/>

Auf der Abbildung Nr. 1 können wir die Ergebnisse der Landtagswahlen sehen. Die CSU war in der Nachkriegsgeschichte Bayerns immer die stärkste Partei. Nur im Jahre 1950 hat die SPD die meisten Stimmen bekommen und überwindet damit die bisherige Position der CSU.

In den fünfziger und sechziger Jahren war die Neugestaltung des Schulwesens ein wichtiges Thema, das den Landtag beschäftigte. Ab den siebziger Jahren begann der Landtag, Umwelt zu verhandeln und zu regeln. In den siebziger Jahren hat der Landtag auch viele Gesetze zum Bereich staatlicher Handel und Verwaltung gebilligt. 1993 trat das Petitionsrecht in Kraft. Das ist ein wichtiger Meilenstein für die Bürger.²⁴

1.5.2 Wahlsystem

Gemäß den Wahlgrundsätzen wählt man die Abgeordneten in einer allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl. Die Wahlperiode des Landtags beträgt 5 Jahre. Man wählt nach einem sogenannten Verbesserten Verhältniswahlrecht. Eine

²⁴ Landtag nach 1945. *Historisches Lexikon Bayerns*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus:
http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_45918#30.

Partei bekommt so viele Sitze im Parlament, wie sie Stimmen bekommen hat. Es gibt eine Fünf Prozent Hürde für den Zugang. Das heißt, wenn eine Partei weniger als 5 Prozent der Stimmen gewinnt, darf sie sich nicht an der politischen Macht im Parlament beteiligen.

Jeder Wahlberechtigte besitzt bei der Landtagswahl zwei Stimmen. Was die Erststimme angeht, wählt man einen Direktkandidat aus seinem Stimmkreis. Die Stimmkreise sind so eingeteilt, dass sie etwa 125 000 Einwohner umfassen. Heutzutage gibt es in Bayern 91 Stimmkreise. Die Zweitstimme bestimmt die Stärkenverhältnisse der Parteien im Landtag. Eine Partei stellt immer einige Kandidaten für sieben Regierungsbezirke auf.

Offiziell hat der Landtag 180 Mandate. Diese Anzahl kann wegen Überhangs- und Ausgleichsmandaten steigen. Die Überhangsmandate entstehen dann, wenn eine Partei im Wahlkreis mehr Direktmandate gewinnt, als ihr gemäß ihrem Gesamtstimmenanteil zustehen. Um die Überhangsmandate auszugleichen gibt stehen die Ausgleichsmandate zur Verfügung.

1.5.3 Organisation

Zehn Organe halten den Landtag in Gang. Die Repräsentation des Landtags ist in den Händen der Landtagspräsidentin. Für die Verwaltungsangelegenheiten ist das Präsidium zuständig. Eine Unterstützung in den parlamentarischen Sachen leistet der Ältestenrat. Ein wichtiger Teil des Parlaments sind die Fraktionen. In der Vollversammlung werden die wichtigsten Entscheidungen getroffen. Das ist das Zentrum der parlamentarischen Arbeit. In den ständigen Ausschüssen werden die Themen für die Vollversammlung vorbereitet und fachlich verhandelt. Wenn es erforderlich ist, können auch Untersuchungsausschüsse errichtet werden. Die Enquete Kommissionen können dem Landtag neue Ansichten bringen, weil die Mitglieder sowohl aus dem Parlament, als auch aus dem fachlichen Bereich kommen. Die Kommissionen lösen meistens Aufgaben, die dauerhaftes Gepräge haben. Man kann auch zusätzliche Kommissionen für ein bestimmtes Problem bilden. Die offizielle Verwaltung des Bayerischen Landtags obliegt dem Landtagsamt.

Am 20. Oktober 2008 wurde Barbara Stamm als erste Frau in der Geschichte Bayerns zur Landtagspräsidentin gewählt. Sie vertritt den Landtag nach außen und leitet

die Sitzungen der Vollversammlung. Sie führt die Geschäfte des Landtags und ist für die Aufsicht über die Verwaltung und den Datenschutz zuständig.²⁵ Barbara Stamm ist das verantwortliche Organ für die Personalfragen. Die Landtagspräsidentin wählt man aus der Mitte des Parlaments in der Konstituierenden Sitzung. Diese Sitzung findet spätestens am zweiundzwanzigsten Tag nach den Wahlen statt.

Das Präsidium verbindet zehn Mitglieder. Die Präsidentin wird durch fünf Vizepräsidenten unterstützt und diese vertreten im Fall der Vereinbarung oder Verhinderung die Präsidentin. Drei von diesen fünf Vizepräsidenten üben zusätzlich die Funktion des Schriftführers und es gibt noch weitere vier Schriftführer. Die Schriftführer sind bei der Vollversammlung wichtig. Sie üben die administrative Arbeit aus und sichern damit einen glatten Verlauf der Vollversammlung.²⁶ Der wesentliche Teil der Arbeit des Präsidiums dreht sich um die Verwaltung. Das Präsidium macht den Haushaltsplan fertig und entscheidet über die Organisation der Gebäude und Rekonstruktionen. Außerdem ist es ein verantwortliches Organ für die Personalangelegenheiten.

Nach den Wahlen 2013 sieht das Team folgend aus: Barbara Stamm ist die Landtagspräsidentin und stellt die Spitze des Präsidiums. Reinhold Bocklet aus der CSU ist der erste Vizepräsident, Inge Aures aus der SPD ist die zweite Vizepräsidentin, Peter Meyer aus den FW ist der dritte Vizepräsident, Ulrike Gote von den Grünen ist die vierte Vizepräsidentin. Die Schriftführer sind Peter Paul Gantzer (SPD), Hans Herold, Angelika Schorer, Reserl Sem und Sylvia Stierstorfer (CSU). Das Präsidium besteht aus sechs Frauen und vier Männern. Aus der Sicht der Parteien gibt es sechs Mitglieder der CSU, zwei der SPD, eines aus den FW, und eines von den Grünen. Das Durchschnittsalter liegt bei zirka 60 Jahre.²⁷

Der Ältestenrat besteht aus der Landtagspräsidentin und weiteren vierzehn Mitgliedern, die aus den Fraktionen benannt werden. Die Mitgliederzahl einer Fraktion ist von der Zahl der Abgeordneten der Fraktionen abhängig. Für jeden fünfzehn Abgeordneten bekommt die Fraktion einen Sitz in dem Ältestenrat. Der Ältestenrat ist ein Gremium, das bei der Führung der Geschäfte der Präsidentin behilflich ist. Die

²⁵ Präsidentin. *Bayerischer Landtag* [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <https://www.bayern.landtag.de/parlament/praesidentin>.

²⁶ Geschäftsordnungsrecht. In: *Bayern. Parlamentarische Rechtssammlung; Band 1*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2011. S. 15-18.

²⁷ Präsidium. *Bayerischer Landtag*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <https://www.bayern.landtag.de/parlament/praesidium>.

Organisation und der Verlauf der Sitzungen stellt auch eine Aufgabe des Ältestenrats dar.²⁸

Ein weiterer Bestandteil des Landtags sind die Ausschüsse. Sie teilen sich in drei Kategorien- ständige Ausschüsse, weitere Ausschüsse und Unterausschüsse. In der siebzehnten Legislaturperiode gibt es dreizehn ständige Ausschüsse:

1. Staatshaushalt und Finanzfragen
2. Verfassung, Recht und Parlamentsfragen
3. Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport
4. Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie
5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
6. Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration
7. Wissenschaft und Kunst
8. Bildung und Kultus
9. Fragen des öffentlichen Dienstes
10. Eingaben und Beschwerden
11. Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
12. Umwelt und Verbraucherschutz
13. Gesundheit und Pflege²⁹

Die ständigen Ausschüsse spielen eine wichtige Rolle bei den Gesetzentwürfen und bei der parlamentarischen Arbeit. Sie sind aus Fachleuten gebildet und sind immer für ein bestimmtes politisches Thema zuständig. Sie bringen Ihre Erfahrungen und Kenntnisse und geben Empfehlungen. In den Ausschüssen werden die Themen für die Vollversammlungen vorbereitet. Für die Struktur sind die Starkverhältnisse im Plenum wichtig. Dabei müssen alle Fraktionen in den Ausschüssen ihren Vertreter haben.

Wenn Bayern ein spezifisches Problem löst, kann der Bayerische Landtag weitere Ausschüsse bestimmen. Einige Beispiele aus der Geschichte folgen:

1. Ausschuss Bayern-Pfalz (1. bis 3. Wahlperiode)
2. Ausschuss für Entnazifizierungsfragen (1. Wahlperiode)

²⁸ LANDTAGSAMT DES BAYERISCHEN LANDTAGS. *Bayerischer Landtag: 16. Wahlperiode, Volkshandbuch*. 3. Auflage. München: NDV. ISBN 978-3-87576-698-1. S. 13.

²⁹ Ständige Ausschüsse. In: *Bayerischer Landtag* [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <https://www.bayern.landtag.de/parlament/staendige-ausschuesse/>.

3. Ausschuss für Flüchtlingsfragen (1. Wahlperiode, 2. Wahlperiode Ausschuss für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Kriegsfolgegeschädigten, 1957 zusammengelegt mit dem Ausschuss für Sozialpolitische Angelegenheiten)
4. Ausschuss für Verkehrsfragen (1. Wahlperiode, 1951 zusammengelegt mit dem Ausschuss für Wirtschaft)
5. Ausschuss für Wohnungs- und Siedlungsbau (1. Wahlperiode)
6. Ausschuss als Beirat des Beauftragten zur Durchführung des Art. 160 der Verfassung (Sozialisierung, 2. Wahlperiode)
7. Ausschuss zur Einbringung von Vorschlägen für die Verwaltungsvereinfachung (3. Wahlperiode, 1957 umbenannt zur Förderung des technischen Nachwuchses)
8. Ausschuss für Sicherheitsfragen (2. bis 11. Wahlperiode, Ersatz: Parlamentarische Kontrollkommission bzw. später das Parlamentarische Kontrollgremium)
9. Ausschuss für Grenzlandfragen (Aufgaben übernahm in der 13. Wahlperiode der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr)
10. Ausschuss für Kulturpolitische Fragen (Aufgaben übernahmen in der 13. Wahlperiode die neu gebildeten Ausschüsse für Hochschule, Forschung und Kultur sowie für Bildung, Jugend und Sport)
11. Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen (seit der 8. Wahlperiode; Aufgaben übernahmen in der 15. Wahlperiode der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz)³⁰

Den Landtag kann man aus der politischen Sicht in Fraktionen einteilen. „*Als Fraktion bezeichnet eine Gruppe von Abgeordneten, die sich freiwillig zusammenschließen, um ihre politischen Interessen und Ziele im Parlament gemeinsam zu verfolgen.*“³¹ Die Mitglieder der Fraktion sind meistens zugleich Mitglieder einer

³⁰ Landtag nach 1945. In: *Historisches Lexikon Bayerns*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_45918#30.

³¹ Fraktion. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17499/fraktion>.

Partei. Wenn nicht, müssen sie eine gleiche politische Ansicht vertreten. „*Ein Mitglied des Landtags kann nur einer Fraktion angehören.*“³²

Die Rechte und Pflichten der Fraktionen richten sich nach dem Gesetz zur Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Bayerischen Landtag (Bayerisches Fraktionsgesetz).³³

Heutzutage sind vier Fraktionen in dem Bayerischen Landtag vertreten. Die Christlich- Soziale Union, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, FREIE WÄHLER und Bündnis 90/ Die Grünen haben die fünf Prozent Hürde überschritten. In dem siebzehnten Landtag stellt die CSU 101 Abgeordnete, die SPD folgt mit 42 Abgeordneten, 19 Abgeordnete gibt es aus der Partei FREIE WÄHLER und 18 aus Bündnis 90/ Die Grünen. Das Amt des Vorsitzenden bekleiden Thomas Kreuzer in der CSU, Markus Rindespacher in der SPD, Hubert Eiwanger bei den FW und Margarete Bause und Ludwig Hartmann bei Bündnis 90/ Die Grünen.³⁴

Der Bayerische Landtag hat seinen Sitz seit 1949 in Maximilianeum in München. Die Gebäude wurde unter Königs Maximilian II. Herrschaft ausgebaut. Maximilian II. hat auch eine Studienstiftung eingerichtet, die auch bisher Besitzer von Gebäude ist. Das Parlament mietet die Räume und Geld davon geht an die Studienstiftung weiter. Während des zweiten Weltkriegs wurde das Gebäude zerstört. Der bayerische Architekt Karl Kergl hat die zerstörten Teile wieder aufgebaut und hat damit dem Bayerischen Landtag den Eintritt ermöglicht.

Für die Verwaltung der Gebäude ist der Landtagsamt, geleitet von dem Direktor des Landtags und kontrolliert von der Landtagspräsidentin, zuständig. Dieses Amt teilt sich in zwei Abteilungen. Die eine, benennt Parlamentarische Dienste, löst alle organisatorischen Sachen, die mit der Arbeit des Parlaments etwas zu tun haben. Die zweite Abteilung, Zentrale Dienste, kümmert sich um die personale, technische und finanzielle Angelegenheiten. Dann muss der Landtag auch eine Person bestimmen, die die Kontrolle über den Datenschutz ausübt. Diese Person muss neutral bleiben und muss sich nur nach Gesetze richten.³⁵

³² Geschäftsordnungsrecht. In: *Bayern. Parlamentarische Rechtssammlung: Band 1*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2011. S. 15.

³³ Abgeordnetenrecht. In: *Bayern. Parlamentarische Rechtssammlung: Band 2*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2011. S. 64.

³⁴ Fraktionen. In: *Bayerischer Landtag*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <https://www.bayern.landtag.de/abgeordnete/fraktionen>.

³⁵ LANDTAGSAMT DES BAYERISCHEN LANDTAGS. *Bayerischer Landtag: 16. Wahlperiode, Volkshandbuch*. 3. Auflage. München: NDV. ISBN 978-3-87576-698-1. S. 17-19.

1.5.4 Parteien

Die aktuelle politische Szene in Bayern zeichnet sich mit dem starken Einfluss der Christlich- Soziale Union aus. Diese Partei hat sich dank der Verteidigung den Interesse Bayerns große Beliebtheit verdient. Seit dem Jahre 1946 hat sie immer die Meisten Sitze im Parlament gewonnen. Die zweite wichtige Partei in Bayern ist die Sozial- Demokratische Partei. Angesichts der starken Position der CSU, handelt es sich nicht um einen direkten Konkurrent, sie ist aber stabil die zweitstärkste Partei in Bayern. In dem Bayerischen Landtag sind weiter die Freien Wähler und Bündnis 90/ Die Grünen tätig.

Laut Jean Blondel handelt es sich um einen Multipartismus mit einer dominanten Partei. Jean Blondel war ein französischer Politiker, der hat sich mit der komparativen Politologie beschäftigt. Er hat eine Theorie ausgearbeitet, die sich mit der Typologie des Parteiensystems befasst. Die Kriterien sind erstens die Zahl der Parteien in dem Land, zweitens ihre Macht. In Bayern gibt es eine Partei, (CSU), die im Vergleich zu den anderen Parteien sehr stark ist, muss aber oft Koalitionen schließen, weil sie nicht eine Mehrheit der Stimmen bekommt. Es kann aber auch passieren, dass die anderen Parteien eine Koalition schließen gegen die dominierte Partei.³⁶

1.5.4.1. Christlich- Soziale Union (CSU)

Die Abkürzung CSU steht für den offiziellen Namen Christlich- Soziale Union in Bayern e.V. Die CSU ist eine deutsche politische Partei, die aber selbständig nur in Bayern tätig ist. Auf Bundesebene bildet sie zusammen mit der CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands) eine Fraktion in dem Bundestag. Der Freistaat Bayern ist dabei der einzige deutsche Staat, wo sich CDU nicht zu Wahlen stellt.

Die CSU wurde erst nach dem zweiten Weltkrieg gegründet. Die politisch Interessierten wollten ein Gegengewicht zu SPD und KPD bilden. Am 12. September wird bei einem Treffen im Münchner Rathaus der Name "*Bayerische Christlich-Soziale Union*" beschlossen. Die Sitzung vom 12. September gilt damit als eigentliche

³⁶ KUBATOVÁ PITROVÁ, Miroslava PhDr. Ph.D. Politologie (Vorlesung). České Budějovice: JU. ČB, 2011/2012.

Gründungssitzung der CSU.³⁷ Am 8. 1. 1946 bekam die CSU Lizenz von der Militärregierung.

CSU ist eine christlich- konservative Volkspartei. Die konservativen Parteien halten es für wichtig, die Wahrung von alten Werten zu schaffen, sie stehen gegen radikale Veränderungen. Unter die Grundwerte gehören vor allem die konservative Grundhaltung, christliche Ausrichtung und die Betonung des Föderalismus.

Das wichtigste Ziel der CSU in Bayern ist die Wirtschaftspolitik. Die CSU will eine gute Infrastruktur fördern. Es bezieht sich auf die Verkehrsinfrastruktur aber auch Informationsinfrastruktur (z.B. Internet, Technologie, Innovationen). Mit der Wirtschaft hängt eng auch der Arbeitsmarkt zusammen. Die CSU kämpft gegen die Arbeitslosigkeit und gegen Fachkräftemangel.³⁸

Die christliche Ausrichtung ist ein weiterer Aspekt der Partei. Dieser Aspekt zeigt sich in der Familienpolitik. Die Menschen mit Behinderung sollten auch ein Bestandteil der Arbeitsprozess sein.³⁹

Was die ökologische Politik angeht, bildet die CSU eine interessante Parallele zu den Grünen. Die Partei hält an die Kultur und Tradition fest, deshalb will sie den ländlichen Raum pflegen und erhalten. Die CSU will auch die guten und gesunden Lebensmittel für Bayern haben. Sie stimmt auch der Energiewende zu. Die Energiewende ist ein wichtiges Thema für die bayerische Politik. Die Partei beschäftigt sich auch mit dem Klimaschutz, nachhaltiger Entwicklung und Verbraucherschutz.⁴⁰

In Europaangelegenheiten ist die CSU nicht so offen, wie zum Beispiel die SPD. Sie fordert klare Grenzen für die Kompetenzen und die Einhaltung des Prinzips der Subsidiarität.

³⁷ Geschichte 1945-1949. In: *Offizielle Webseite der CSU*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <http://www.csu.de/partei/geschichte/die-1940er/>.

³⁸ Arbeitskreis Wirtschaft, Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie . In: *CSU Fraktion in dem Bayerischen Landtag*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: <http://www.csu-landtag.de/index.php?ka=1&ska=ak&idt=6>.

³⁹ Arbeitskreis Arbeit und Soziales, Jugend, Familie, Integration . In: *CSU Fraktion in dem Bayerischen Landtag*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: http://www.csu-landtag.de/index.php?ka=1&ska=ak&idt=7#.U0K4IfI_uAY.

⁴⁰ . Arbeitskreis Umwelt und Verbraucherschutz. In: *CSU Fraktion in dem Bayerischen Landtag* [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: http://www.csu-landtag.de/index.php?ka=5&ska=58#.U0K5AvI_uAY.

1.5.4.2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die SPD ist die älteste Volkspartei in Deutschland. Sie vertritt eine soziale Politik der linken Mitte und betont das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie. Die Schlüsselwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unter die wichtigsten Themen gehören zum Beispiel Chancengleichheit im Bildungssystem, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, der Abbau von jeglicher Diskriminierung, eine nachhaltige Umwelt- und Finanzpolitik sowie Armutsvermeidung⁴¹

Die Partei wurde im Jahre 1863 gegründet. Nach dem ersten Weltkrieg hat sich die Kommunistische Partei Deutschlands von der SPD abgespalten. In der Weimarer Republik hatte die SPD einen sehr starken Einfluss. In den Zeiten des Nationalsozialismus wurde die Partei verboten. 1945 trat die Partei wieder an. Was die Situation in Bayern angeht, ist die SPD seit 1892 tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sie die Lizenz von der Militärregierung bekommen und begann wieder zu anleiten.

Im Jahre 1959 in Bad Godesberg hat sich die SPD von den kommunistischen Ideen distanziert. Diese Versammlung ist eine der wichtigsten Versammlungen in der Geschichte der SPD überhaupt. Die Annahme dieses Programms bedeutete eine Transformation ihrer Ideologie.

Das derzeitige Parteiprogramm der SPD, das „Hamburger Programm“, wurde im Jahr 2007 beschlossen. In ihm wird das Ziel festgeschrieben, mit Hilfe der „solidarischen Mehrheit“ zu regieren. Der demokratische Sozialismus wird als „Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft“ als „dauernde Aufgabe“ hervorgehoben und „die soziale Demokratie“ als das „Prinzip des Handelns“ bezeichnet. Gesellschaftspolitisch tritt die SPD nach ihrem Programm für Bürgerrechte, Öffnung der Gesellschaft und Bürgerbeteiligung ein. Außenpolitisch will sie durch den Ausgleich der Interessen den Frieden in der Welt stärken. Die Globalisierung soll „durch eine demokratische Politik“ gestaltet werden. Sie ist bemüht, die Europäische Einigung zu erweitern und zu vertiefen.⁴²

In dem Bayerischen Landtag bildet diese Partei heutzutage die Opposition. Die Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil des Systems in einer Demokratie. Sie

⁴¹ Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestag-2013/165500/spd>.

⁴² Hamburger Program. In: *Offizielle Webseite der SPD*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf .

kontrolliert die führende Kraft in Angelegenheiten, die im Interesse der Öffentlichkeit liegen. „*Opposition bezeichnet die im Parlament vertretenen Parteien, die sich (als Minderheit) gegen die Regierung und die Parteien der (Regierungs-)Mehrheit stellen. Die politische O. ist insofern wesentliches Element moderner Demokratien, als sie (mehr noch als die Parteien der Regierungsmehrheit) die parlamentarischen Kontrollaufgaben gegenüber der Exekutive wahrnimmt.*“⁴³

1.5.4.3 FREIE WÄHLER

Die Organisation sieht ein bisschen anders als bei der Parteien. Es handelt sich um einen Bundesverband, der weiter in die Landesverbände geteilt ist. Für uns ist die politische Vereinigung der Freien Wähler Bayern relevant. Sie waren in Bayern in Kommunalorganen stark vertreten. Was das politische Spektrum angeht, gehört diese Partei auch in die Mitte. In dem Programm dieser Partei sind das wichtigste Thema Menschen und dessen Wohl. Die Menschenrechte stehen im Vordergrund. Diese Partei legt Wert auf die Familien, Bildung und Gesundheitswesen. Im Gegensatz zu CSU und SPD glaubt diese Partei nicht an ideologische Konzepte, sie eher bürgernah und pragmatisch.⁴⁴ Ihre Ansichten formen sich meistens an aktuellen Themen. Weil sie sich nicht so ausgeprägt an Ideologien und Regeln halten, ist eine Zusammenarbeit über das politische Spektrum möglich.

Die Freien Wähler haben seit 1998 versucht, in den Bayerischen Landtag zu kommen. Der erste Erfolg kam erst im Jahre 2008. Wegen dieser Abkehr von ihrer Bürger- und Regionalorientierung sind die Meinungen der Mitglieder auseinandergegangen. Einige Mitglieder traten aus der Partei. Die Freien Wähler haben den Erfolg bei der Landtagswahl 2013 verteidigt.

⁴³ Opposition. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17957/opposition>.

⁴⁴ Themen. In: *Freie Wähler im Bayerischen Landtag*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <http://www.fw-landtag.de/fraktion/abgeordnete/>.

1.5.4 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Die letzte Partei, die in dieser Legislaturperiode vertreten ist, hebt die Umweltpolitik heraus. Sie konzentriert sich vor allem an ökologischen Problemen.

Die Grünen erschienen erst in den siebziger Jahren. Im Jahre 1986 waren sie zum ersten Mal in dem Landtag vertreten. In den neunziger Jahren entstand eine Vereinigung mit dem Bündnis 90, die vorher in Ostdeutschland tätig war.

Die Tätigkeit dieser Fraktion im Bayerischen Landtag können wir in drei Bereiche teilen. Der erste Bereich Gesellschaft beschäftigt sich mit den sozialen Fragen, wie zum Beispiel Gesundheit, Bildung oder Integration. Das Thema des zweiten, für diese Partei wesentlichen Arbeitskreises ist Ökologie und Ökonomie. Die Verhandlungen dieser Fraktion drehen sich um Energie, Klima, Verbraucherschutz, Tierschutz, Umweltschutz, Gentechnik und Ernährung, weiter beschäftigt sich diese Fraktion mit dem Haushalt und mit den Finanzen. Der dritte Bereich konzentriert sich auf die Demokratie und Kultur.

1.5.5 Aufgaben

Wenn die Ergebnisse der Wahlen schon bekannt sind, kommt es zu der Konstituierenden Sitzung. Noch vor dieser Sitzung treffen sich die Fraktionen, um sich zu vereinbaren, welche Richtung ihre Politik haben wird. Dann müssen sie die Personalfragen besprechen. Wenn eine Partei nicht die Mehrheit der Sitze bekommt, muss es zu einem Kompromiss kommen, und zwei oder mehr Parteien müssen eine Koalition bilden. Die Konstituierende Sitzung darf nicht länger als zweiundzwanzig Tage nach der Wahl stattfinden. In dieser Sitzung wählen die Abgeordneten ihren Präsidenten/in und Präsidium, Ältestenrat und Ausschüsse werden auch in dieser Sitzung festgelegt.⁴⁵

Die erste Vollversammlung wird durch das älteste Mitglied des Landtags eröffnet. Die zwei jüngsten Mitglieder funktionieren als Schriftführer.⁴⁶

In jeder Legislaturperiode stehen vor dem Landtag vier wesentliche Aufgaben. Der Landtag muss die Staatsregierung bilden. Spätestens eine Woche nach der

⁴⁵ BAYERISCHER LANDTAG. *Der Bayerische Landtag: Wahl, Aufgaben und Organisation des Parlaments*. 2. Auflage. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2010.S. 14-15.

⁴⁶ Geschäftsordnungsrecht. In: *Bayern. Parlamentarische Rechtssammlung: Band 1*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2011. S. 13.

Konstituierenden Sitzung muss der Ministerpräsident von dem Landtag gewählt werden. Man wählt ihn mit einfacher Mehrheit der Stimmen. Das bedeutet, dass ein Ministerpräsident mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen bekommen muss. Der Ministerpräsident braucht von dem Landtag eine Zustimmung für die Auswahl oder Entlassung der Staatsminister und Staatssekretäre.⁴⁷ Diese Aufgabe löst der Landtag gleich am Anfang. An diesem Beispiel können wir die Verbindung des politischen Systems, das für eine Demokratie typisch ist, sehen.

Die zweite Aufgabe, die ebenfalls sehr wichtig ist, ist die Gesetzgebung. Wenn der Gesetzentwurf aus der Politik stammt, spricht man über den parlamentarischen Weg der Gesetzgebung. Diese Weise beginnt mit einer Gesetzesinitiative entweder von dem Landtag (die Abgeordneten, die Fraktionen) oder von der Staatsregierung. Die Landtagspräsidentin erhält die Vorschläge und ordnet sie in den Geschäftsplan ein. In der ersten Lesung im Plenum werden die wesentlichen Informationen erwähnt und der Vorschlag wird allgemein behandelt. Die Änderungen können bei der ersten Lesung nicht vorgeschlagen werden. Falls die Abgeordneten den Vorschlag nicht ablehnen, kommt der Vorschlag weiter in den Ausschuss, der für das jeweilige Thema kompetent ist. Der Ausschuss beschäftigt sich mit dem Vorschlag, es können auch andere Ausschüsse mitarbeiten und helfen. Wenn diese Arbeit fertig ist, folgt die zweite Lesung. Die zweite Lesung gewährleistet Platz für die Änderungsvorschläge. Wenn es notwendig ist, kann auch eine dritte Lesung stattfinden. Die letzte Phase ist die Abstimmung. Für die Abstimmung ist eine Anwesenheit der Mehrheit der Abgeordneten erforderlich. Um in Kraft treten zu können, braucht das Gesetz normalerweise eine Mehrheit der Stimmen. Falls es sich aber um eine Veränderung der Verfassung handelt, braucht das Gesetz zwei Drittel der Stimmen. Der gebilligte Entwurf muss von dem Ministerpräsident unterzeichnet werden. Am Ende wird das Gesetz veröffentlicht.⁴⁸

Außer der üblichen Weise der Gesetzgebung gibt es noch zwei weitere Möglichkeiten, die direktdemokratische Elemente aufweist: Das Volksbegehren und Der Volksentscheid. Um einen Gesetzentwurf in den Bayerischen Landtag einzubringen, brauchen die Initiatoren mindestens 25 000 Unterschriften von

⁴⁷ Bayern. Verfassung des Freistaates Bayern. In: München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2010. Zugänglich aus: https://www.uni-augsburg.de/einrichtungen/gleichstellungsbeauftragte/downloads/bayerische_verfassung.pdf. S. 27-28.

⁴⁸ Gesetzgebung. In: *FW in dem Bayerischer Landtag*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.fw-landtag.de/fraktion/abgeordnete/>.

wahlberechtigten Einwohnern. Wenn dieser Antrag gutgeheißen wird, folgt die amtliche Phase. Zehn Prozent der Stimmberechtigten müssen sich in zwei Wochen eine spezielle Liste unterschreiben. Wenn das alles durchgeführt wird, findet ein Volksentscheid statt. Alle Stimmberechtigten stimmen pro oder contra diesen Entwurf.⁴⁹

Als Beispiel möchte ich ein für mich sehr wichtiges Thema anführen. Es geht um das Volksbegehren *Ja zur Bildung, Nein zu Studiengebühren*, es hat Bayern letztes Jahr viel beschäftigt. Der Freistaat Bayern war neben Niedersachsen einen von zwei Staaten, wo man für das Erststudium zahlen musste. Es hat natürlich die Familien finanziell belastet und für einige Familien war es fast unmöglich, ihrem Kind das Studium zu ermöglichen. Die Hauptidee war, dass das Studium sollte auch für die Kinder aus den armen Familien zugänglich werden.

Die Leute haben diese Herausforderung angenommen und haben mit 14,3 Prozent Unterschriften die notwendigen Bedingungen erfüllt.⁵⁰ Im April 2013 hat der Landtag die Studiengebühren endgültig abgeschafft. Dieses Volksbegehren wurde durch 124 Abgeordnete unterstützt.⁵¹

Die dritte, für die Bürger besonders wesentliche Aufgabe, ist die Kontrolle. Der Landtag übt die Kontrolle über Machtmissbrauch der Staatseinrichtungen, vor allem der Staatsregierung aus. Die Untersuchungsausschüsse sind die Organe, die der Kontrolle dienen.

Die Abgeordneten haben ein freies Mandat. Sie richten sich bei der parlamentarischen Arbeit nicht nach Aufträgen, sondern nach ihren eigenen Meinungen. Sie sind zwar Mitglieder einer Fraktion, aber sie müssen nicht bei allen Entschlüssen mit der Partei zustimmen.⁵²

⁴⁹ Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern. In: *Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/wahlen/vb_und_ve_allg_infos_internet_2014.pdf.

⁵⁰ Ja zur Bildung, Nein zu Studiengebühren. In: *Volksbegehren gegen Studiengebühren*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://volksbegehren-studiengebuehren.de/>.

⁵¹ Landtag beschließt Ende der Studiengebühren in Bayern. In: *Zeit online*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.zeit.de/studium/hochschule/2013-04/studiengebuehren-bayern-abschaffung>.

⁵² Freies Mandat. In: *Jura Forum*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.juraforum.de/lexikon/freies-mandat>.

1.5.6 Abgeordnete

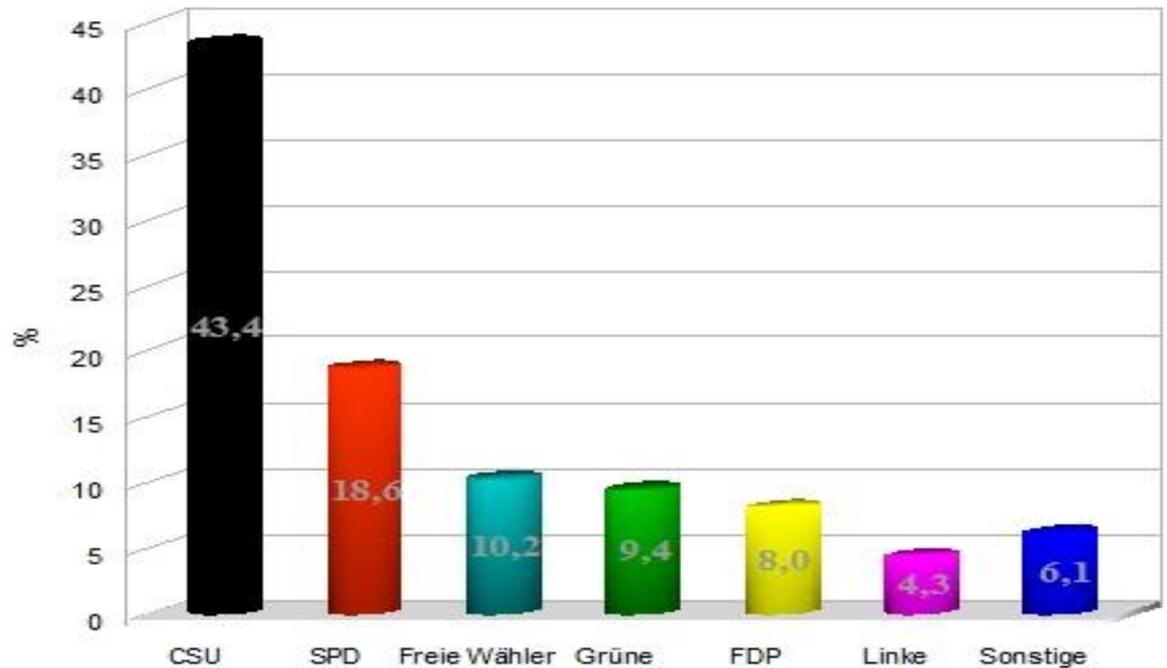
Bei meinem Praktikum in dem Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Bernhard Roos habe ich erfahren, dass ein Abgeordneter nicht nur in dem Landtag sitzt, sondern er hat mehrere Tätigkeiten auszuüben. Eine sichtbare Tätigkeit ist die Arbeit in dem Landtag, sowohl in dem Plenum als auch in den Ausschüssen. Der Abgeordnete ist aber gleichzeitig noch für seinen Stimm- oder Wahlkreis zuständig. Dazu entstehen die Bürgerbüros, um den Bürgern näher zu sein. Wenn ein Wähler eine Frage oder eine Beschwerde hat, ist das Team des Landtagsabgeordneten für sie in dem Bürgerbüro. Ein Abgeordneter bleibt auch mit verschiedenen Verbänden und Gruppen in dem Kontakt. Er besucht verschiedene Institutionen in der Region und führt dort Gespräche mit den Bürgern. Die Abgeordneten bekommen viele Einladungen auf Feiern, Jahrestage oder Gedenktage in der Region.. Als Mitglieder einer Partei, müssen sie auch dafür arbeiten. Die Kommunalpolitik liegt meistens auch in ihrem Interesse. Außerdem veranstaltet der Landtag verschiedene Führungen für Gruppen, deren Teil auch ein Gespräch mit den Abgeordneten ist. Die Presse ist eine wichtige Sache in dem Leben eines Abgeordneten. Sie müssen sich natürlich per Presse über die Situation informieren und sie selbst führen die Gespräche mit der Presse. Es bleibt nicht viel Zeit für ein privates Leben übrig.

Der Landtagsabgeordnete Bernhard Roos, bei dem ich mein Praktikum ausgeübt habe, hat mit seiner politischen Karriere im Jahre 1986 begonnen, als er in die SPD eingetreten ist. Bei der Landtagswahl 2008 wird er Landtagsabgeordneter. Sein Erfolg wurde bei der Landtagswahl 2013 bestätigt. Derzeitig ist er in 29 Vereinen tätig.

2. Praktischer Teil

2.1. Wahlen 2008

Abbildung Nr. 2 Wahlergebnis 2008



Quelle: Politik Weltweit. Wahlergebnisse der Landtagswahl in Bayern 2008[online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus: <http://www.politik-weltweit.de/deutschland/wahlergebnisse-der-landtagswahl-2008-in-bayern/>.

Die Wahl fand am 28. September statt. 57,9 Prozent der Wähler haben ihre politische Meinung geäußert. Die Wahlbeteiligung war die niedrigste, die es seit 1946 gab. Vierzehn Parteien haben versucht, in den Landtag zu kommen. Für fünf Parteien war es ein gelungener Versuch, und zwar für CSU mit 43,4 Prozent, gefolgt von SPD mit 18,6 Prozent, dann FW mit 10,2 Prozent, Grüne mit 9,4 Prozent und FDP mit 8 Prozent.⁵³

Die Landtagswahl 2008 war ein bisschen besonders. Die CSU hat keine Mehrheit der Stimmen bekommen. In dem Zeitraum von 1950 bis 1966 war es auch so. Aber danach hatte die CSU nur Erfolge gefeiert. Die Wahlen 2008 haben diese

⁵³ Landtagswahl 2008: Wahl zum 16. Bayerischen Landtag. *Landtagswahl 2008* [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.landtagswahl2008.bayern.de/tabca2990.html>.

Situation geändert. CSU hat nur 43,3 Prozent erreicht und konnte nicht wieder allein regieren.⁵⁴ Es gab mehrere Ursachen dieses Verlustes. Es handelt sich vor allem um eine schwache Parteiführung und einige unpopuläre Entscheidungen.

Der Parteivorsitzende Erwin Huber und der Ministerpräsident Günther Beckstein haben einige Probleme verursacht. Günther Beckstein hat ein großes Fehler in dem Wahlkampf gemacht. Er ließ hören, dass es kein Problem ist, zwei Maß Bier zu trinken, und danach Auto zu fahren. Das hat eine große Welle der Kritik verursacht, weil es zu riskant ist, und es kann zu einem Unfall kommen.⁵⁵ . Dazu war es für ihn problematisch, sich durchzusetzen in dem TV-Duell mit Franz Maget. Das ist aber gerade eine der wichtigsten Eigenschaften in einem Wahlkampf.⁵⁶ Einige politische Entscheidungen haben die Popularität der Partei vermindert. Darunter zum Beispiel das Nichtraucherschutzgesetz.

Als ein möglicher Koalitionspartner für CSU kam Freie Demokratische Partei Bayern (FDP) in Frage. FDP ist eine liberale Partei. Ihre politische Richtung, die bei der Koalitionsbildung 2008 verbindlich war wurde in dem Programm Wiesbadener Grundsätze beschrieben.

Es entstand damit eine Schwarz- Gelbe, Konservativ- Liberale Koalition. Um Zusammen zu regieren brauchen die Parteien einen Koalitionsvertrag, in dem werden die Beziehungen geregelt und eine Vorstellung der Legislaturperiode beschrieben.

Der Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP legt Wert vor allem auf die Wahrung der Traditionen, Bildung, Ökologie und Freiheit von Menschen. Das sind die Kernideen, die die Koalition für wichtig hält. Der Vertrag wird von einer Präambel angeführt. Dann folgen die Vorstellungen über verschiedene Themen. Es wird immer die gegenwärtige Situation analysiert und dann die mögliche Lösung oder Fortsetzung. Die Koalition bestimmt damit die Aufgaben für die Legislaturperiode. Zum Schluss werden die administrativen Angelegenheiten beschrieben.⁵⁷

⁵⁴ Landtagswahlen Bayern seit 1946. In: *Bayerischer Landtag*. [online]. [2014-03-24].
Zugänglich aus: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bayern.htm>.

⁵⁵ Beckstein findet Autofahren nach zwei Maß Bier OK. In: *Die Welt*. [online]. [2014-03-24].
Zugänglich aus: <http://www.welt.de/politik/article2451770/Beckstein-findet-Autofahren-nach-zwei-Mass-Bier-ok.html>.

⁵⁶ STROHMEIER. Quo Vadis CSU: Die Bayerische Landtagswahl 2008 und ihre Folgen. [online]. s. 19 [2014-03-10]. Zugänglich aus: http://www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/Volksparteien/Volksparteien_strohmeier.pdf. S.148.

⁵⁷ Koalitionsvertrag Bayern. In: *FDP Bayern*. [online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus: http://www.fdp-bayern.de/files/87/Koalitionsvertrag_Bayern.pdf.

2.2 16. Wahlperiode 2008- 2013

Der damalige Ministerpräsident Günther Beckstein ist nach dem schlechten Wahlergebnis zurückgetreten. Als sein Nachfolger wurde Horst Seehofer gewählt. Am 27. Oktober 2008 stimmten 104 Abgeordnete von 184 für ihn. Zugleich wurde er Parteivorsitzender der CSU in Bayern.⁵⁸ Horst Seehofer ist ein sehr erfahrener Politiker, er war in Bundesministerien tätig und war von 1980 bis 2008 Bundestagsabgeordneter. In dieser Wahlperiode war er kein Mitglied des Bayerischen Landtags, dieses Mandat hat er erst bei der Landtagswahl 2013 gekriegt.⁵⁹

Am 30. Oktober 2008 hat der neu gewählte Ministerpräsident sein neues Kabinett vorgestellt. Sein Kabinett sah folgend aus:

Abbildung Nr. 3 Kabinett Seehofer I.

Zuständigkeit	Name	Fraktion
Bayerischer Ministerpräsident	Horst Seehofer	CSU
Stellvertreter des Ministerpräsidenten	Martin Zeil	FDP
Leiter der Staatskanzlei+ Staatsminister	Siegfried Schneider(bis März 2011) Marcel Huber(bis Noverber 2011) Thomas Kreuzer(seit November 2011)	CSU
Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei	Emilia Müller	CSU

⁵⁸ Seehofer zum Ministerpräsident gewählt In: *Frankfurter Allgemeine Politik..* [online]. [2014-04-10]. Zugänglich aus: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bayern-seehofer-zum-ministerpraesidenten-gewaehlt-1716503.html>.

⁵⁹ Der bayerische Ministerpräsident. In: *Bayerische Staatsregierung.* [online]. [2014-04-10]. Zugänglich aus: <https://www.bayern.de/Ministerpraesident-.257.7603356/index.htm>.

Inneres	Joachim Herrmann	CSU
Justiz und Verbraucherschutz	Beate Merk	CSU
Wissenschaft, Forschung und Kunst	Wolfgang Heubisch	FDP
Unterricht und Kultus	Ludwig Spaenle	CSU
Finanzen	Georg Fahrenschon (seit 2011 Nachfolger Markus Söder)	CSU
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	Martin Zeil	FDP
Umwelt und Gesundheit	Markus Söder (seit 2011 Nachfolger Marcel Huber)	CSU
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Helmut Brunner	CSU
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	Christine Haderthauer	CSU

Quelle: Eigene Tabelle. Informationen genommen aus: Kabinett Horst Seehofer. In: *Bayerische Staatsregierung*. [online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus: <http://www.bayern.de/Kabinette-seit-1945-.316.10340189/index.htm>.

Unter die wichtigsten Gesetze, die in dieser Legislaturperiode gebilligt wurden gehört das neue Dienstrecht für die Beamten. Dieser Begriff umfasst mehrere Bereiche, einige neue Gesetze und einige Veränderungen. Dieses Recht bezieht sich auf die öffentliche Verwaltung und regelt das Statusrecht, Laufbahnrecht, Besoldungsrecht und Versorgungsrecht. Dieses Bereich in Bayern zu regeln ist erst seit 2006 dank der Föderalismusreform möglich. Vorher war das eine Kompetenz des Bundes.⁶⁰

⁶⁰ Bericht des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen zur Evaluation des neuen Dienstrechts in Bayern. In: *Dienstrecht Bayern*. [online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus: http://www.dienstrecht.bayern.de/Bericht_Endfassung.pdf.

Als nächstes Gebiet wurde die Untersuchungshaft verhandelt. Diese Maßnahme wird bei den Ermittlungen der Straftaten genutzt. Es wurden die Bedingungen für die Aufnahme, den Verlauf und die Beendigung verändert.⁶¹

Ein neues Gesetz zur Sicherungsverwahrung wurde im Auftrag von dem Bund ausgearbeitet. Das Bundesverfassungsgericht hat die ehemalige Bearbeitung für unvereinbar mit der Verfassung gehalten. Der Bund hat dann die allgemeinen Vorstellungen expliziert und die Länder haben dann ihre eigenen Gesetze geschaffen.⁶²

2.2.1 Themen der Bayerischen Politik vor den Wahlen 2013, Wahlkampagnen

Laut Bayerischem Rundfunk gab es vor den Wahlen 2013 sieben Schlüsselfragen, die die Wähler interessierten. In diesem Kapitel wollte ich die Positionen der SPD und der CSU zu diesen Themen fassen und vergleichen.

Das erste Thema bezieht sich auf die erneuerbaren Energien und auf die Deckung des Strombedarfs in Zukunft. Den Anstoß zu dieser Frage gab die im Jahre 2011 geschehene Havarie des Atomkraftwerks Fukushima. Dieses Problem lässt sich nicht einfach lösen und beschäftigt derzeit ganz Deutschland. Es werde noch lange dauern bis alles durchgedacht wird. Die Finanzen sind ein wichtiger Aspekt, weil Ausbau und Betrieb irgendwie finanziert werden müssen.

Laut CSU sollten innerhalb von zehn Jahren mindestens die Hälfte des Strombedarfs erneuerbare Energien decken. Die Hersteller von alternativen Energien sollten dem Staat eine garantierte Menge sichern. Die Bürger sollten mitwirken und mit Finanzen helfen, dafür sollten sie dann Zinsen bekommen.

Die SPD fordert eine schnelle Energiewende und sagt voraus, dass bis 2050 den ganzen Energiebedarf die erneuerbaren Energien bilden werden. Die Macht über die Energien sollte nicht in Händen der Großkonzerne liegen, sondern dezentralisiert werden.

Das Zweite Thema ist mit Finanzen verbunden und bezieht sich auf die Steuern. Die CSU unterscheidet die verschiedene Gesellschaftsgruppen und bestimmt die

⁶¹ Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft. In: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 25/2011.[online][2014-04-10]. Zugänglich aus: <https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/2011/25/gvbl-2011-25.pdf>.

⁶² Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Vollzug der Sicherungsverwahrung. In: *Justiz Bayern*. [online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus: http://www.justiz.bayern.de/media/gesetzentwurf_baysvollzg.pdf.

Regeln, die für die Gruppen gelten sollten. Diese Partei will die Bürger von Steuern entlasten. Dieses Thema hat natürlich die Wählerschaft sehr beeinflusst und war ein wichtiger Punkt in dem Wahlkampf. Weil die CSU so stark an die Tradition des bayerischen Staats hängt, will sie auch regionale Regelungen einführen. Die SPD will in dem Steuerbereich die Gerechtigkeit durchsetzen.⁶³ „So setzt sie sich insbesondere für eine Vermögenssteuer, eine Finanztransaktionssteuer und die Reform der Erbschaftssteuer ein.“⁶⁴

Das dritte Thema in dem Wahlkampf war die Europäische Union. Wie ich schon in dem theoretischen Teil geschrieben habe, ist die CSU in dieser Hinsicht konservativ und vor allem regional und traditionell geprägt. Laut CSU sollten die Länder ohne Bemühung um Besserung ihrer Situation aus der Europäischen Union ausgeschieden werden. Die SPD hält die Sparpolitik der Europäischen Union für contra produktiv. Die Europäische Union sollte sich auf die Ausbauprojekte konzentrieren.⁶⁵

Das vierte Thema bezieht sich auf die Familienpolitik. Es handelt sich um ein kontroverses Thema, um das Betreuungsgeld. Die beiden Parteien haben in ihren Programmen immer die Förderung der Familie betont. Was dieses Thema angeht, konnten sich die zwei größten Parteien Bayerns nie einigen. Diese finanzielle Staatsförderung ist für die Eltern geeignet, die keinen Platz in Krippen oder Kindergarten bekommen hatten und ihr Kind zu Hause erziehen wolten. Die CSU wollte das Betreuungsgeld einführen, es handelt sich aber um 100 Euro, später 150 Euro, was laut SPD nicht hilft. Für die SPD wäre es besser, Geld für den Ausbau der Krippen zu geben, damit jedes Kind seinen Platz bekommt.⁶⁶ Diese Möglichkeit ist natürlich auch für die Eingliederung des Kindes in die Gesellschaft besser. Die SPD hat in diesem Bereich mit der CSU hart gekämpft, weil es für eine soziale Partei ein Kernthema ist. Das Gesetz zur Einführung des Betreuungsgelds ist trotzdem bald nach den Wahlen 2013 in Kraft getreten.

Ein weiteres Wahlthema hängt mit dem Schulwesen zusammen. In Bayern wurde zum Schuljahr 2004/2005 das sogenannte G8 System eingeführt. Das hat viel Kritik gebracht. Der Lehrstoff musste sich auf einmal in acht Jahren hineindrücken.

⁶³ Themen und Positionen. In: *Bayerischer Rundfunk*. [online]. [2014-04-14]. Zugänglich aus: <http://www.br.de/wahl/landtagswahl-2013-themen-100.html>.

⁶⁴ Themen und Positionen der SPD. In: *Bayerischer Rundfunk*. [online]. [2014-04-14]. Zugänglich aus: <http://www.br.de/wahl/fragen-parteien-spd-100.html>.

⁶⁵ Themen und Positionen. In: *Bayerischer Rundfunk*. [online]. [2014-04-14]. Zugänglich aus: <http://www.br.de/wahl/landtagswahl-2013-themen-100.html>.

⁶⁶ Ebenda.

Dieses Thema diskutiert man die ganze Zeit seit der Einführung in Bayern. Es gibt bei den Bürgern viele Contrapunkte. Dem Staat spart dieses Projekt Geld für ein Jahr. Die Kritiker sagen, dass es ein zu schneller Verlauf für die Schüler ist und dass man keine Vertiefung des Lehrstoffs schafft.

Die CSU hat für die Schüler eine Alternative ausgedacht, und zwar ein flexibles Jahr. Die Kinder, die den Lehrstoff und die Vorbereitung auf das Abitur nicht schaffen, können diese Möglichkeit benutzen, und das Studium um ein Jahr verlängern. Die Rückkehr zu dem alten System lehnt die Partei ab. Die SPD stimmt dem G8 System zu, stimmt aber dem flexiblen Jahr, das die CSU vorschlagen hat, nicht zu. SPD will eine Wahlmöglichkeit bieten. Zu diesem Thema wird ein Volksbegehren im Juni 2014 stattfinden, in dem die Bürger über die Dauer der Bildung von neun auf acht Jahren entscheiden.⁶⁷

Was das vorletzte Thema, Frauenquote in den Unternehmen, angeht, setzt sich die SPD für eine gesetzliche Regelung mit 50 Prozent ein. Diese Zahl sollte besonders für den öffentlichen Dienst gewichtig sein. Die CSU sagt dazu, dass die Unternehmen sich selbst entscheiden sollten, welche Quote sie sich bestimmen.⁶⁸ Es ist logisch, dass sich die SPD für eine gesetzliche Regelung einsetzt. Für diese Partei ist die Gleichstellung von Männern und Frauen eine Priorität.

Die letzte wichtige Frage, die die Wählerschaft interessierte war das Wohnen. Die Frage ist vor allem, ob alle ihr Wohnen haben und ob sie es sich leisten können. Laut SPD hat jeder einen Anspruch auf eine Wohnung, die er auch bezahlen kann. In das politische Programm gehört auch der Mieterschutz. Die CSU wollte neue Wohnungen ausbauen lassen.⁶⁹ Alle diese Themen spiegelten sich in die Wahlprogramme der Parteien wider.

2.2.2. SPD in dem Bayerischen Landtag 2008-2013

Der Stimmenverlust der CSU (43,4 Prozent, um 17 Prozent weniger im Vergleich zu 2003) im Jahre 2008 hat keinen Gewinn für die SPD bedeutet. Wie ich

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Ebenda.

schon in dem Kapitel *Wahlen 2008* geschrieben habe, hat die SPD 18,6 Prozent der Stimmen erworben. Die Stimmen, die diese zwei großen Parteien verloren, haben die kleinen Parteien, wie zum Beispiel die FDP, die Freien Wähler und die Grünen übernommen.

Nach den Wahlen entstand ein neuer Fraktionsvorstand, bestehend aus Franz Maget als Fraktionsvorsitzender, Prof. Peter Paul Gantzer, Dr. Thomas Beyer, Johanna Werner- Muggendorfer, Christa Naaß und Herald Güller. Im Jahre 2009 wird Markus Rindespacher neuer Fraktionsvorsitzender.⁷⁰

Die SPD bewältigte erfolgreich mithilfe der Untersuchungsausschüsse die Oppositionsrolle. Es handelt sich um den Untersuchungsausschuss zum NSU-Rechtsterrorismus. Dieser Ausschuss hat sich mit den rechtsextremistischen Hintergründen der fünf Morde der NSU beschäftigt. Zwei wesentliche Ausschüsse waren zum Thema BayernLB eingerichtet. Sie dienten zur Kontrolle der Landesbank wegen ihrer Skandale mit Geld. Dann kam noch der Skandal der Staatsregierung, sie hat die Steuergelder missbraucht.

2.3 Wahlen 2013

2.3.1. Wahlprogramme

Bevor ich die Wahlergebnisse beschreiben werde, möchte ich zuerst die Wahlprogramme der zwei großen Parteien analysieren. Ich werde mich mit dem *Bayernplan* der CSU und mit dem Plan *Bayern kann das!* der SPD beschäftigen. Die Wahlprogramme sind sehr umfangreich und ausführlich. In diesem Kapitel werde ich nur die wichtigsten Punkte und Ideen im Kurzen fassen.

2.3.1.1 Der Bayernplan der CSU

Der *Bayernplan* der CSU befasst sich mit elf Themen. Der erste Bereich beschreibt die Infrastruktur, Arbeitswelt und Wirtschaft. Das ist für die CSU eine Hauptaufgabe. Die Partei will eine Vollbeschäftigung schaffen, tarifliche Mindestlöhne

⁷⁰ Arbeiten für Bayern- Die SPD Landtagsfraktion von 2003-2013: Geschäftsführender Fraktionsvorstand 2008. In: LANDTAGSFRAKTION, Bayern SPD. *Mit Leidenschaft für Demokratie: 120 Jahre SPD- Landtagsfraktion in Bayern*. 2. Auflage. München: Bayern SPD Landtagsfraktion, 2013, S 157.

regeln, gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben und mehr Frauen in den Führungspositionen durchsetzen. Die mittelständischen Unternehmen sollten gefördert werden, die Innovationskraft soll steigen. Was das Thema Energie angeht, verlangt die CSU so viel Strom herzustellen, wie in Bayern verbraucht wird. Der ganze Stromverbrauch sollte in Zukunft mit eigenen Quellen gedeckt werden. Die Infrastruktur bezieht sich sowohl auf den Verkehr, als auch auf den Internetanschluss. Ein heikles Thema in dem Wahlkampf war auch die von CSU imitierte PKW Maut für Ausländer. Finanzen sind ein zweites großes Thema des Wahlprogramms der CSU. Nach CSU sollte Bayern bis 2030 schuldenfrei werden. Die Steuern sollten nicht erhöht werden und der Länderfinanzausgleich sollte gerechter verlaufen. Bayern zahlt um die Hälfte der ganzen Summe, was nach der CSU unfair ist. Die Familien sollten durch den Staat mehr unterstützt werden. In dieser Kategorie ist die Erhaltung des Betreuungsgelds wesentlich. Weiter möchte die CSU den Einstieg in die Arbeit für die Mütter erleichtern. Mit den Familien hängt auch ein weiteres soziales Thema zusammen, und zwar Bildung. Das Bildungswesen ist in jedem Staat sehr wichtig, weil es sich um eine Investition in die Zukunft handelt. Nach den Wahlen sind die Studiengebühren an den Universitäten weggefallen. Die Soziale Sicherheit ist das Thema des fünften Teils. Dieser Teil umfasst die üblichen Themen wie Gesundheitswesen, Renten und Pflege. Was aber besonders ist, ist die Idee, die Mutterrente einzuführen. Das bedeutet einige Vorteile für die Mütter in dem Rentensystem. Die CSU will die innere Sicherheit schaffen. Die Anzahl der Polizisten soll mindestens so bleiben, wie es ist, oder noch erhöht werden. Weiterer Teil ist die Installierung von Kamerasystemen an öffentlichen Plätzen. Die Grenzkontrollen und Kampf gegen Drogen gehören auch zu diesem Kapitel. Die Kommunen bekommen mehr Eigenständigkeit und Finanzmittel. Sie werden auch einfacher miteinander zusammenarbeiten. Um Landschaft, Kultur und Heimat sollte sich Bayern auch in Zukunft kümmern. Ein wichtiges Thema des Wahlkampfes, der Donauausbau, gehört zu diesem Thema, wie auch die Hochwasserschutz. Der Donauausbau soll so gebaut werden, dass ein Kompromiss zwischen Ökologie und Infrastruktur besteht. Diese und auch die neunte Kategorie, Landwirtschaft, bilden eine interessante Parallele zu den Grünen. In dem Bereich Landwirtschaft fordert die CSU gesunde Lebensmittel, Förderung der Bauern. Das vorletzte Thema des Wahlprogramms bezieht sich auf die Europaangelegenheiten. Die CSU bevorzugt eine qualitative Seite vor der quantitativen

Seite. Das Prinzip der Subsidiarität ist eine der Hauptideen. Das Volk sollte zusammenhalten und sich helfen.⁷¹

⁷¹ Bayernplan. In: *Offizielle Seite der CSU*. [online]. [2014-04-14]. Zugänglich aus: http://www.csu.de/uploads/csucontent/bayernplan_2013-07-16_02.pdf.

2.3.1.2 „Bayern kann das“ der SPD

Die SPD hat bei der Landtagswahl auf ihren Spitzenkandidat Christian Ude gesetzt. Er war zwanzig Jahre Oberbürgermeister in München und hat deshalb Erfahrungen im Bereich Wirtschaft und Finanzen. Sie kämpften für einen Mindestlohn. Alle sollten ihren fairen Anteil an der Wirtschaft Bayerns haben. Die Bildungschancen sollten für alle zur Verfügung stehen. Wie ich schon geschrieben habe, war ein umstrittenes Thema das G8 Gymnasium. Nach der SPD sollte man auswählen können. In der Familienpolitik ist das Betreuungsgeld wichtig. Besser wäre es, neue Kindergärten auszubauen. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist auch ein Punkt des Programms. Wie die CSU, will die SPD die Schulden abbauen. Durch die Investitionen in Ausbau der Wohnungen und Regulierung der Miete kann man die Lebensqualität erhöhen. Der ländliche Raum sollte gefördert werden. Der Staat sollte im Bezug auf die Minderheitsgruppen tolerant sein. Die Partei kritisiert auch die Skandale der CSU. Dagegen hat Christian Ude in München keinen Skandal gemacht.⁷²

2.3.2. Landtagswahl 2013

Am 15. September 2013 fanden die Wahlen zum 17. Bayerischen Landtag statt. Vier Parteien haben die fünf Prozent Hürde überwunden, und zwar die CSU, die SPD, die Freien Wähler und die Grünen. Auf der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse in den Jahren 2008 und 2013 veranschaulicht.

⁷² Bayern kann das. In: *Offizielle Seite der SPD*. [online]. [2014-04-14]. Zugänglich aus: <http://bayernspd.de/workspace/media/static/regierungsprogramm-landtagswah-51b58217cd9bf.pdf> .

Abbildung Nr. 4 Ergebnisse 2008 und 2013

Jahr	Wahlbeteiligung	CSU	SPD	FW	Die Grünen
2008	64,5 %	43,5 %	18,6 %	10,2 %	9,4 %
2013	57,9 %	47,7 %	20,6 %	9 %	8,6 %

Quelle: Eigene Tabelle, Informationen genommen aus: Landtagswahl Bayern 2013. In: Spiegel online. [online][2014-04-15]. Zugänglich aus:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahl-bayern-2013-prozente-sitze-wahlkreisergebnisse-abgeordnete-a-902770.html>.

Die Landtagswahl 2013 weist einen anderen Trend im Vergleich zur Landtagswahl 2008 auf. Während im Jahre 2008 die kleinen Parteien die Stimmen der größeren Parteien übernommen haben, ist die Situation im Jahre 2013 umgekehrt. Die zwei großen Parteien, die CSU und die SPD, hatten ein besseres Ergebnis als im Jahre 2008, und die zwei kleineren Parteien, die Freien Wähler und die Grünen haben beide um ein Prozent verloren.⁷³

⁷³ Landtagswahl Bayern 2013. In: *Spiegel online Politik*. [online]. [2014-04-16]. Zugänglich aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahl-bayern-2013-prozente-sitze-wahlkreisergebnisse-abgeordnete-a-902770.html>.

Schlussbetrachtung

Als Ziel meiner Arbeit habe ich gestellt, das politische System Bayerns zu beschreiben. Am Anfang habe ich das Rechtsdokument, das das politische System regelt analysiert. Dann habe ich alle Komponenten, die die Politik bilden, beschrieben. Meinen Schwerpunkt habe ich auf den Landtag gelegt. Es wurden die allgemeinen Strukturen und Organisationen beschrieben. Ich habe versucht, das Thema verständlich und übersichtlich auszuarbeiten. Es war für mich eine interessante Feststellung, wie der Landtag aufgebaut ist, wie viele Leute an einem Gesetz arbeiten. Es hat mich überrascht, wie stark in Bayern das Volk ist. Ich habe ein paar Bemerkungen eingeführt, die mit der Arbeit eines Abgeordneten verbunden sind. Als ich in dem Bürgerbüro einen Monat verbracht habe, habe ich gesehen, dass ein Abgeordneter nicht nur ein Mensch im Plenum ist, sondern dass er viele andere Aufgaben hat, die er erfüllen muss oder will.

In dem praktischen Teil habe ich meine Kenntnisse aus dem theoretischen Teil genutzt und auf die gegenwärtige Situation angewendet. So hat das Wahlsystem seine Ergebnisse bei den Landtagswahlen 2008 und 2013 bekommen. Ein wichtiger Bestandteil bei dem Vergleich der Wahlen waren die politischen Themen, die in der Wahlperiode 2008-2013 Bayern bewegten und die sich dann in die Wahlprogramme transformiert haben. Ich habe mich bemüht die aktuellsten Themen der bayerischen Politik zu finden.

In meiner Arbeit habe ich festgestellt, dass das politische System Bayerns durch eine merkliche Vorherrschaft der Christlich- Soziale Union geprägt ist. Die SPD bekleidet erfolgreich die Rolle der Opposition und ist damit in dem politischen System Bayerns unentbehrlich. Aus der geschichtlichen Sicht ist es meiner Meinung nach bewundernswert, was Bayern von der sogenannten *Stunde null* (nach dem Zweiten Weltkrieg, 1945) bis zu der Gegenwart alles geschafft hat. Es handelt sich um einen modernen, aber zugleich auch ein traditionellen Staat.

Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

BAYERISCHER LANDTAG: Abgeordnetenrecht In: *Bayern. Parlamentarische Rechtssammlung: Band 2*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2011.

BAYERISCHER LANDTAG. *Der Bayerische Landtag: Wahl, Aufgaben und Organisation des Parlaments*. 2. Auflage. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2010.

BAYERISCHER LANDTAG. Geschäftsordnungsrecht. In: *Bayern. Parlamentarische Rechtssammlung: Band 1*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2011.

BAYERISCHER LANDTAG. *Geschichtliches: Parlamentarismus und Verfassungsgeschichte in Bayern*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2014.

KOCK, Peter Jakob. *Der Bayerische Landtag: eine Chronik*. 5. Auflage. München: Bayerischer Landtag, 2006, 508 p. ISBN 38-705-2808-7.

KUBATOVÁ PITROVÁ, Miroslava PhDr. Ph.D. Politologie (Vorlesung). České Budějovice: JU. ČB, 2011/2012.

LANDTAGSAMT DES BAYERISCHEN LANDTAGS. *Bayerischer Landtag: 16. Wahlperiode, Volkshandbuch*. 3. Auflage. München: NDV. 2011. ISBN 978-3-87576-698-1.

LANDTAGSAMT DES BAYERISCHEN LANDTAGS. *Bayerischer Landtag: Der Freistaat Bayern im Bund und in Europa*. München: Landtagsamt des Bayerischen Landtags, 2010.

RAPKE, Gudrun. Arbeiten für Bayern- Die SPD Landtagsfraktion von 2003-2013: Geschäftsführender Fraktionsvorstand 2008. In: LANDTAGSFRAKTION, Bayern SPD. *Mit Leidenschaft für Demokratie: 120 Jahre SPD- Landtagsfraktion in Bayern*. 2. Auflage. München: Bayern SPD Landtagsfraktion, 2013.

Internetquellen

Arbeitskreis Arbeit und Soziales, Jugend, Familie, Integration . In: *CSU Fraktion in dem Bayerischen Landtag*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: http://www.csu-landtag.de/index.php?ka=1&ska=ak&idt=7#.U0K4IfI_uAY.

Arbeitskreis Umwelt und Verbraucherschutz. In: *CSU Fraktion in dem Bayerischen Landtag* [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: http://www.csu-landtag.de/index.php?ka=5&ska=58#.U0K5AvI_uAY.

Arbeitskreis Wirtschaft, Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie . In: *CSU Fraktion in dem Bayerischen Landtag*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: <http://www.csu-landtag.de/index.php?ka=1&ska=ak&idt=6>.

Artikel 144. *Grundgesetz*. Zugänglich aus: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_144.html.

Bayerisches Landesportal. Verfassung des Freistaates Bayern. [online]. [2014-04-09]. Zugänglich aus: <http://www.bayern.de/Verfassung-.451/index.htm>.

Bayern. Verfassung des Freistaates Bayern. In: München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2010. Zugänglich aus: https://www.uni-augsburg.de/einrichtungen/gleichstellungsbeauftragte/downloads/bayerische_verfassung.pdf. S. 27-28.

Bayern kann das. In: *Offizielle Seite der SPD*. [online]. [2014-04-14]. Zugänglich aus: <http://bayernspd.de/workspace/media/static/regierungsprogramm-landtagswahl-51b58217cd9bf.pdf> .

Bayernplan. In: *Offizielle Seite der CSU*. [online]. [2014-04-14]. Zugänglich aus: http://www.csu.de/uploads/cscontent/bayernplan_2013-07-16_02.pdf.

Beckstein findet Autofahren nach zwei Maß Bier OK. In: *Die Welt*. [online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus: <http://www.welt.de/politik/article2451770/Beckstein-findet-Autofahren-nach-zwei-Mass-Bier-ok.html>.

Bericht des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen zur Evaluation des neuen Dienstrechts in Bayern. In: *Dienstrecht Bayern*. [online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus: http://www.dienstrecht.bayern.de/Bericht_Endfassung.pdf.

Bundeszentrale für politische Bildung: Gesetzgebungskompetenzen. [online]. [2014-04-09]. Zugänglich aus: <file:///C:/Users/Admin/Desktop/QR63OR.pdf>.

Bundeszentrale für politische Bildung. Parlamentarismus . [online]. [Stand 2014-03-11]. Zugänglich aus: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17991/parlamentarismus>.

Der bayerische Ministerpräsident. In: *Bayerische Staatsregierung*. [online]. [2014-04-10]. Zugänglich aus: <https://www.bayern.de/Ministerpraesident-.257.7603356/index.htm>.

Der Landtag 1946-1950: 1. Legislaturperiode. *Haus der Bayerischen Geschichte: Parlamente* [online]. [2014-03-25]. Zugänglich aus: <http://www.hdbg.de/parlament/content/ltDetail.php?id=45&popH=614.4000000000001>.

Deutschland. Grundgesetz: Artikel 30. In: *Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit*, 2010. [online][2014-04-17]. Zugänglich aus: http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_02.html.

Die Bayerischen Ministerpräsidenten seit 1945: Fritz Schäffer. *Bayerisches Landesportal* [online]. [2014-04-12]. Zugänglich aus: <http://www.bayern.de/Fritz-Schaeffer-.263/index.htm>.

Entnazifizierung. *Geschichte Kompakt* [online]. [2014-04-20]. Zugänglich aus: <http://www.geschichte-abitur.de/nachkriegszeit/entnazifizierung>.

Fraktion. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17499/fraktion>.

Fraktionen. In: *Bayerischer Landtag*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <https://www.bayern.landtag.de/abgeordnete/fraktionen>.

Freies Mandat. In: *Jura Forum*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.juraforum.de/lexikon/freies-mandat>.

Geschichte 1945-1949. In: *Offizielle Webseite der CSU*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <http://www.csu.de/partei/geschichte/die-1940er/>.

Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Vollzug der Sicherungsverwahrung. In: *Justiz Bayern*. [online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus: http://www.justiz.bayern.de/media/gesetzentwurf_baysvvollzg.pdf.

Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft. In: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 25/2011.[online][2014-04-10]. Zugänglich aus: <https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/2011/25/gvbl-2011-25.pdf>.

Gesetzgebung. In: *FW in dem Bayerischer Landtag*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.fw-landtag.de/fraktion/abgeordnete/>.

Hamburger Program. In: *Offizielle Webseite der SPD*. [online]. [2014-03-11].
Zugänglich aus: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf.

Ja zur Bildung, Nein zu Studiengebühren. In: *Volksbegehren gegen Studiengebühren*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://volksbegehren-studiengebuehren.de/>.

Kabinett Horst Seehofer. In: *Bayerische Staatsregierung*. [online]. [2014-03-24].
Zugänglich aus: <https://www.bayern.de/Kabinette-seit-1945-.316.10340189/index.htm>.

Koalitionsvertrag Bayern. In: *FDP Bayern*. [online]. [2014-03-24]. Zugänglich aus:
http://www.fdp-bayern.de/files/87/Koalitionsvertrag_Bayern.pdf.

Länderparlamente: Landtagswahl Bayern 1946. *Tagesschau: Wahl* [online]. [2014-04-12]. Zugänglich aus: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/1946-12-01-LT-DE-BY/>.

Landtag beschließt Ende der Studiengebühren in Bayern. In: *Zeit online*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.zeit.de/studium/hochschule/2013-04/studiengebuehren-bayern-abschaffung>.

Landtag nach 1945. *Historisches Lexikon Bayerns*. [online]. [2014-04-07]. Zugänglich aus: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_45918#30.

Landtagswahl 2008: Wahl zum 16. Bayerischen Landtag. *Landtagswahl 2008* [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.landtagswahl2008.bayern.de/ta2990.html>.

Landtagswahl Bayern 2013. In: *Spiegel online Politik*. [online]. [2014-04-16].
Zugänglich aus: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/landtagswahl-bayern-2013-prozente-sitze-wahlkreisergebnisse-abgeordnete-a-902770.html>.

Landtagswahlen Bayern seit 1946. In: *Bayerischer Landtag*. [online]. [2014-03-24].
Zugänglich aus: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bayern.htm>.

Nachkriegsparlamente in Bayern: Verfassungsgebende Landesversammlung von
1946. *Haus der Bayerischen Geschichte* [online]. [2014-03-08]. Zugänglich
aus: http://www.hdbg.de/wiederaufbau/wab_parlamente/.

Militärregierung Deutschland- Amerikanische Zone: Proklamation Nr.
2. *Verfassungen* [online]. [2014-04-02]. Zugänglich
aus: <http://www.verfassungen.de/de/bw/wuerttemberg-baden/proklamation2-45.htm>.

NETOLICKÝ, Pavel. Německý federalismus [online]. *E-polis.cz*, 25. března 2005.
[2014-04-09]. Zugänglich aus: <http://www.e-polis.cz/komparace/55-nemecky-federalismus.html>>. ISSN 1801-1438. Übersetzt von Zuzana Votýpková.

Opposition. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*. [online]. [2014-03-11].
Zugänglich aus:
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17957/opposition>.

Politik Weltweit. Wahlergebnisse der Landtagswahl in Bayern 2008[online]. [2014-03-
24]. Zugänglich aus: <http://www.politik-weltweit.de/deutschland/wahlergebnisse-der-landtagswahl-2008-in-bayern/>.

Politische Geschichte Bayerns: Königreich Bayern. *Haus der Bayerischen
Geschichte* [online]. [cit. 2014-03-15]. Zugänglich aus:
<http://www.hdbg.de/polges/pages/kap6b.htm>.

Politische Geschichte Bayerns: Stände. *Haus der Bayerischen Geschichte* [online].
[2014-03-15]. Zugänglich aus: <http://www.hdbg.de/polges/pages/kap3b.htm>.

Präsidentin. *Bayerischer Landtag* [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus:
<https://www.bayern.landtag.de/parlament/praesidentin>.

Präsidium. *Bayerischer Landtag*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus:
<https://www.bayern.landtag.de/parlament/praesidium>.

Seehofer zum Ministerpräsident gewählt In: *Frankfurter Allgemeine Politik..* [online].
[2014-04-10]. Zugänglich aus: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bayern-seehofer-zum-ministerpraesidenten-gewaehlt-1716503.html>.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*.
[online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestag-2013/165500/spd>.

Ständige Ausschüsse. In: *Bayerischer Landtag* [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus:
<https://www.bayern.landtag.de/parlament/staendige-ausschuesse/>.

STROHMEIER. Quo Vadis CSU: Die Bayerische Landtagswahl 2008 und ihre Folgen.
[online]. s. 19 [2014-03-10]. Zugänglich
aus:http://www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/Volksparteien/Volksparteien_strohmeier.pdf .

Tagesschau. Wahlen. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus:
<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/1946-12-01-LT-DE-BY/>

Themen und Positionen der SPD. In: *Bayerischer Rundfunk*. [online]. [2014-04-14].
Zugänglich aus: <http://www.br.de/wahl/fragen-parteien-spd-100.html>.

Themen und Positionen. In: *Bayerischer Rundfunk*. [online]. [2014-04-14]. Zugänglich
aus: <http://www.br.de/wahl/landtagswahl-2013-themen-100.html>.

Themen. In: *Freie Wähler im Bayerischen Landtag*. [online]. [2014-03-11]. Zugänglich aus: <http://www.fw-landtag.de/fraktion/abgeordnete/>.

Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern. In: *Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr*. [online]. [2014-03-15]. Zugänglich aus: http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/wahlen/vb_und_ve_allg_infos_internet_2014.pdf.

